

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preislifte für 1897 unter Nr. 7487.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. August 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Der Reichsfinanzabschluss 1896/97.

Der kürzlich veröffentlichte Rechnungsabschluss für das am letzten 31. März abgelaufene Finanzjahr 1896/97 bietet ein besonderes Interesse, weil die lex Lieber mit den sich an sie anschließenden Bestimmungen die sonst üblichen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten nicht unwesentlich verschob und zwar zu Gunsten des Reiches.

Ehe wir jedoch darauf eingehen, mögen die Unterschiede zwischen dem wirklich erfolgten und den bei der Etatsfeststellung veranschlagten Einnahmen und Ausgaben kurz wiedergegeben werden.

Beim Reichsheer waren (das bayerische Kontingent mit seinen 5,3 Millionen Mark ausgenommen) an Ausgaben ausgemorfen: fortdauernd 425,25 Millionen und unter den Pensionen 53,22 Millionen — einmalig im ordentlichen Etat 45,27 Millionen, im außerordentlichen Etat 24,79 Millionen. Der Bedarf hat sich schließlich bei den fortdauernden Ausgaben um 7 Mill., bei den einmaligen um 1,90 Mill. geringer herausgestellt. Aus diesen 8,90 Millionen sind die 5,3 Mill., die nach dem Nachtragsetz eventuell der Anleihe zur Last gelegt waren, bestritten worden, so daß eine Minderausgabe von 3,59 Mill. Mark verbleibt. Da auch die Einnahme der Militärverwaltung (Mietten, Grundstücksverkäufe u. s. w.) gegen den Voranschlag ein Mehr von 786 000 M. aufweisen, so stellt sich demnach beim Reichsheer das Gesamtergebnis gegen den Etat um 4,87 Millionen günstiger. Der offiziöse Bericht im „Reichs-Anzeiger“ führt als Gründe an:

„In der Naturalversorgung und der Geldversorgung der Truppen, bei der Verwaltung des Remontedepots und bei dem Militär-Medizinalwesen sind erhebliche Ersparnisse gemacht; auch beim allgemeinen Pensionsfonds ist ein namhafter Betrag unverwendet geblieben. Demgegenüber sind Mehrausgaben hauptsächlich entstanden: bei den Reisekosten, Tagelohnen, Vorpann- und Transportkosten, bei der Versorgung der Ersatz- und Reserve-mannschaften und bei dem Ankauf der Remontepferde.“

Früher wurden bei der Marine die bewilligten Summen, besonders für Schiffbauten, öfter nicht voll verbraucht. Daran ist bei dem jetzigen Eifer für die Vermehrung der deutschen Seemacht natürlich nicht mehr zu denken; nahm doch der Admiral Goltmann vom Reichstag Abschied mit der Versicherung, daß in Zukunft auch der letzte bewilligte Pfennig stets verbaut werden solle. 1896/97 haben die Ausgaben der Marine, einschließlic ihres Anteils an allgemeinen Pensionsfonds den Voranschlag um 454 000 M. überstiegen. Im Etat standen: fortdauernd 55,88 Millionen, dazu 2,69 Millionen unter dem allgemeinen Pensionsfonds — einmalig im ordentlichen Etat 25,05 Millionen, im außerordentlichen Etat 5,88 Millionen Mark.

Das Reichsamt des Innern schließt mit einer Mehrausgabe von etwas über 1 Million ab, besonders infolge Steigerung des Reichszuschusses zur Invaliditäts- und Altersversicherung. Bei der Kolonial- und der Post- und Telegraphenverwaltung sind die Mehrausgaben von 1,97 und 1,13 Millionen Mark mehr scheinbar wie wirklich, da in beiden Fällen die zunächst auf Anleihe verwiesenen Deckungsbeträge in Anleiheform nicht geleistet worden sind.

Ein Weniger an Ausgaben gegen den Etatsanschlag zeigt der Reichs-Invalidenfond mit 110 000 Mark und die Reichsschulden-Verwaltung und Verzinsung mit 3,64 Millionen Mark, weil das Schuldenmachen des Reiches infolge der vorsichtigeren Haltung des Reichstages nicht in dem vorausgesehenen Maße eintrat.

Bei den Einnahmen ist das Bild dasselbe wie in den letzten Jahren; der gute Geschäftsgang treibt die wirklichen Einnahmen hoch über die veranschlagten Summen hinaus. Der Ertrag an Zöllen und Tabaksteuer war auf 367,34 Millionen Mark geschätzt; der Mehrertrag beläuft sich auf die enorme Summe von 78,19 Millionen. Die Branntwein-Verbrauchssteuer, im Etat 99,06 Millionen, ist um 2,48 Millionen überholt, dagegen ist die Malzschottel- und Materialsteuer, im Etat 17,97 Millionen betragend, um 2,35 Millionen hinter dem Ansat zurückgeblieben. Ebenso hat die Stempelabgabe für Wertpapiere, Kaufgeschäfte und Lotterieloose gegen die veranschlagten 51,08 Millionen 3,37 Millionen weniger eingebracht, wesentlich mit infolge des Kampfes gegen die Börsen. Die Zuckersteuer (Etat 80 Mill.) hat 13,22 Millionen mehr erbracht, die Salzsteuer, die ungerechteste aller Steuern, (44,54 Millionen) 2,83 Millionen mehr, die Branntwein (25,75 Mill.) 2,29 Mill. mehr. Ferner haben alle Betriebsverwaltungen Mehrerträge geliefert: die Post- und Telegraphenverwaltung also nicht bloß 33,91 Mill., sondern 2,42 Mill. mehr, die Reichsdruckerei nicht nur 1,53 Mill., sondern 99 000 M. mehr; die Reichs-Eisenbahnen statt 28,46 Mill. 3,29 Mill. mehr. Ferner sind gegen den Etat mehr auf gekommen: aus dem Bankwesen 3 271 000 M. (die Schätzung betrug 5,62 Mill. Mark); bei den verschiedenen Verwaltungs-Einnahmen (mit Einschluß der oben angegebenen eigenen Einnahmen der Militärverwaltung) 398 000 Mark; aus der Veräußerung ehemaliger Festungsterrains 112 000 M., an Brennsteuer mit einem nur vorläufig der Reichskasse verbliebenen Betrage von 1 001 000 M.

Nun hatte nach § 8 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 die Reichskasse gegenüber dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer nur ein Anrecht auf 130 Millionen Mark. Der Antrag Lieber, bezw. des daraufhin vom Bundesrath selber angeregte Gesetz, wegen Anwendung überschüssiger

Reichseinnahmen zur Schuldentilgung“ stellte dem Reiche noch weitere 13 Millionen, also insgesamt 143 Millionen von vornherein zur Verfügung — wohlgerneht, nur für das eine Etatsjahr 1895/96, also unter Wahrung der vollen Bewegungsfreiheit des Parlamentes auf diesem Gebiete. Das Gesetz vom 24. März 1897 hatte dann für das uns beschäftigende Etatsjahr 1896/97 diese Summe „behufs Verminderung der Reichsschuld von 130 Millionen Mark auf 180 Millionen erhöht.“ Das Reich hat zu diesen mehrererwähnten 50 Millionen im ganzen noch 26,47 Millionen an seinen (dem Reiche von vornherein verbleibenden) ordentlichen Einnahmen gegen den Etat mehr zufließen sehen. Mit den fast genau 2 Millionen Minderausgaben ergibt das für den Reichshaushalt von 1896/97 einen Ueberschuß von 28,47 Millionen Mark. Von diesen 28 1/2 Millionen Mark Ueberschuß sind 8 1/2 Millionen zur Verminderung des Anleihebedarfs für später festgelegt, der Rest von 19 1/2 Millionen Mark wird nach der örtlichen Finanzpraxis als Einnahme dem zweitnächsten Etat, also dem von 1898/99 gutgeschrieben, dessen Verathung der Reichstag im nächsten Winter beschäftigen wird. Im Etatsjahre 1896/97 selber standen die 50 Millionen zur Schuldverminderung bereits zur Verfügung; an Stelle der vorgesehenen Schuldvermehrung von 26 Millionen ist so in der That eine wirkliche Schuldentilgung von 24 Millionen zu erreichen gewesen.

Die Einzelstaaten haben dabei auch ganz gut abgesehen. Trotzdem sie von den zu Ueberweisungen bestimmten Abgaben 50 Millionen fahren lassen mußten, sind ihnen rund 27 Millionen mehr, wie erwartet, verblieben; statt 11 Millionen an Matricularbeiträgen mehr herauszuholen wie an Ueberweisungen zu erhalten, haben sie 16 Millionen ihrem Staatsäckel einverleiben können. Für Preußen allein macht das einen Reichszuschuß von 9 Millionen.

Dieses Bild der Finanzen ist ja ein ziemlich befriedigendes für die herrschenden Klassen, die ihre Staatsmaschinerie gut gedreht erhalten wollen und die von dem Druck der Zölle und Verbrauchssteuern wenig spüren. Natürlich benutzen unsere Marine-schwärmer diese Zahlen sofort, um die resiter noch erfolgten und zu erwartenden Ueberschüsse sofort in Panzern und Schiffkanonen anzulegen. Die Gefahr, sich durch vorübergehende günstige Einnahmeverhältnisse zu früher mißbilligten Mehrausgaben verleiten zu lassen, liegt bei unseren Mehrheitsparteien zweifellos nahe. In dem im laufenden Etatsjahre hat man diesem Optimismus bereits schwer genug geopfert. Das laufende Etatsjahr 1897/98 ist mit 81 Millionen Anleihen neubelastet, es nimmt einen Zuschuß der Einzelstaaten an das Reich von 31 1/2 Millionen in Aussicht. Gewiß sind die Einnahmenschläge abermals viel zu niedrig gehalten, die Zölle z. B. um 61 Millionen geringer, als sie nach dem Abschluß 1896/97 bereits sich herausstellten; nach dem bisherigen Verlaufe der Einfuhr werden sie 1897/98 beträchtlich höher stehen wie 1896/97. Aber was kann groß übrigbleiben zur wirklichen Schuldentilgung und zu einem wirklichen Reichszuschuß, wenn 112 1/2 Millionen wirklichen Mehreinnahmen gegenüber den Etatsbehörden lediglich hinreichen, ein neues Anwochen der Schuld und eine wirkliche Forderung der Einzelstaaten für das Reich zu verhindern? Die eben erscheinende Uebersicht über die Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern während der ersten vier Monate des laufenden Finanzjahres (April bis Ende Juli 1897) scheint in manchen Theilen bereits auf einen Stillstand der bisher anhaltenden Bewegung nach oben zu deuten.

Selbst die Mehrheitsparteien werden daher gut thun, sich in Plänen nicht zu übernehmen, wenn sie nicht bald wieder an den Wassern des Defizits weinend sitzen wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 24. August.

Der internationale Arbeiterschuh-Kongress hat eine eigenthümliche, von allen früheren internationalen Kongressen abweichende Physiognomie. Es liegt dies in seiner Zusammensetzung, die verschiedene ist von der aller früheren internationalen Kongresse. Die zahlreichen, einem bestimmten wissenschaftlichen oder allgemein-praktischen Zweck gewidmeten Kongresse — Anthropologen-Kongresse, Turisten-Tage, Hygienische Kongresse, Friedens-Kongresse u. s. w. — bestehen aus Personen, die entweder durch ein gleiches Ziel zusammengebracht sind, oder, sofern sie in ihren Anschauungen und Bestrebungen von einander abweichen, doch nicht einander entgegengesetzte, einander auf politischem Gebiet feindliche Organisationen oder Parteien vertreten. Und was die sonstigen internationalen Kongresse betrifft, die politische Parteiziele verfolgen, so sind dieselben nur aus Mitgliedern und Vertretern einer bestimmten politischen Partei zusammengesetzt. In diese Kategorie fallen gewisse Katholikentag-Kongresse, die trotz des religiösen Aufputzes politischen Zwecken gewidmet waren — und vor allem die bisherigen internationalen Arbeiter-Kongresse, die sämtlich aus Vertretern einer bestimmten Partei, und zwar fast ausschließlich der sozialistischen Partei bestanden haben.

Der gegenwärtige Kongress ist der erste, auf welchem Vertreter verschiedener politischer Parteien, die einander im politischen Leben bekämpfen, zusammengetreten sind, um sich über bestimmte, ihnen ganz oder theilweise gemeinsame Forderungen wo möglich und soweit als möglich zu verständigen.

Diese Verschiedenheit und Gegensätzlichkeit der Mitglieder giebt dem Internationalen Arbeiterschuh-Kongress sein

Gepräge. Er umfaßt — wenn wir von einigen, nur sich selbst oder kleine Gruppen vertretenden Theilnehmern absehen — Vertreter politischer Parteien, die einander zu bekämpfen geübt sind und sich zu dem Versuch geeinigt haben, eine gemeinsame Arbeit zu verrichten. Es sind Feinde, die sich entschlossen haben, zur Verrichtung eines Werkes der Humanität die Waffen für kurze Zeit ruhen zu lassen — wie dies manchmal auf dem Schlachtfeld des blutigen völkermordenden Krieges vorkommt. Nur, daß es sich bei dem Waffenruhen im Krieg meistens darum handelt, die Todten zu begraben, während es sich hier darum handelt, Millionen vom Tod zu erretten, der Arbeiterklasse und überhaupt allen Opfern des Kapitalismus, das heißt: der großen Mehrheit der Menschen in allen sogenannten Kulturstaaten Schutz zu verschaffen gegen die, für Leib und Leben verderblichen, die Grundlagen eines menschenwürdigen Daseins zerstörenden Wirkungen der kapitalistischen Produktion.

Und wie bei einer Waffenruhe auf blutgetränktem Kriegsschlachtfeld die Feinde von soeben und von morgen achtungsvolle Rücksicht gegen einander zu beobachten, so macht sich auch auf diesem Kongress bei allen Parteien sichtlich das Streben bemerkbar, den Gegner nicht zu verletzen. Ob diese Stimmung bis zum Ende des Kongresses aushalten wird, das bleibt allerdings abzuwarten.

Wenn wir von „allen“ Parteien reden, so sind damit wesentlich zwei Parteien gemeint, welche zusammen neun Zehntel des Kongresses ausmachen: die Sozialdemokratie und die katholische Arbeiterpartei. Die Vertreter der Sozialdemokratie bilden, was ja den wirklichen Verhältnissen entspricht, die absolute Majorität des Gesamtkongresses, und auch der einzelnen nationalen Delegationen, mit Ausnahme von Deutschland und der Schweiz.

Als Deutschland sind, neben der Sozialdemokratie, die heterogensten Elemente zusammengekommen: katholische und protestantische Sozialreformer, eine überaus gemischte Gesellschaft von Philanthropen und politischen Eignern, die keine Partei hinter sich haben. In der schweizer Delegation sind die katholischen Sozialreformer sehr zahlreich.

Nach obigen im Augenblick, wo wir dies schreiben, die Anmeldungen zum Kongress noch fortbauern, so sieht doch so viel bereits fest, daß neben der sozialdemokratischen Partei die katholische Arbeiterpartei die einzige Partei ist, welche auf diesem Kongress ins Gewicht fällt. Der protestantische Arbeiterfang hat sehr wenig Ertrag geliefert.

Was immer der jetzt in Zürich versammelte internationale Arbeiterschuh-Kongress beschließen und was immer das praktische Ergebnis seiner Beratungen und Beschlüsse sein wird — darüber kann kein Zweifel obwalten, daß der sozialistische Gedanke den Kongress beherrscht, und daß der demokratische Gedanke auf die katholische Arbeiterpartei, so wie sie in dem Kongresse vertreten ist, einen starken Druck ausübt. Daß die Vertreter der katholischen Arbeiterpartei einstimmig sich für die sozialistische Fassung der Resolution betreffend die Sonntagsruhe entschieden, und daß sie auch fast einstimmig — unter den 886 Delegirten war nur einer gegen den Antrag! — eine Sympathie-Erklärung an die für den Achtstundentag kämpfenden englischen Maschinen-Arbeiter annahmen, ist immerhin eine bedeutungsvolle Thatsache.

Genug — der Anfang des Kongresses war gut. Möge unser Urtheil am Schluß lauten können: Ende gut, alles gut! —

Haben wir nicht das herrlichste Kriegsheer? Schon wieder wissen patriotische Blätter von einer „mißverständenen“ Rede des deutschen Kaisers zu berichten. Diesmal ist das „Mißverständnis“ um so fataler, als die Rede, die ihn zu Grunde liegt, dahin ausgefaßt wird, daß sie gegen nichts Geringeres als gegen das herrliche preussisch-deutsche Kriegsheer gerichtet sei. Und der Unannehmlichkeit wird die Krone aufgesetzt dadurch, daß jetzt ein antliches Organ, nämlich das „Militär-Wochenblatt“ wesentlich zur Verbreitung des angeblichen Mißverständnisses beigetragen hat.

Wie die mißverständene Sache sich verhält, möge aus folgender Mittheilung eines patriotischen Blattes entnommen werden:

Einiges Erkennen muß es erregen, daß das „Militär-Wochenblatt“ über die Parade in Krainoje-Selo aus dem „Russischen Invaliden“ einen Bericht anstandslos übernommen hat, in dem sich folgende Stelle findet:

„Neban wurden sämtliche Offiziere des (Pyborgschen) Regiments seiner Majestät vorgeführt und durch Handreichung und Worte des Dankes ausgezeichnet. Kaiser Wilhelm äußerte dabei u. a. zu dem Regimentskommandeur Oberst Weder, er würde sich freuen, wenn ein Regiment seiner Armee so glänzend bei der Besichtigung abschitte, wie heute sein Regiment in Pyborg.“ Durch diesen Bericht fühlte sich natürlich mancher Philister, der lebhaft darauf bauen mag, daß das herrliche Kriegsheer sowohl dem Erbfeind, wie der „hochverrätherischen Schaar“ wehre, im Innern seines Heeres tief bekümmert. Um nun dem Philister die Angst zu benehmen, dreht ein anderes Blatt die Geschichte wie folgt zurecht:

„In dieser Fassung enthält die Aeußerung nicht sowohl einen Tadel der deutschen Paradedeistungen, als vielmehr ein höchstes Lob für das russische Regiment, dessen Haltung als eine solche bezeichnet wurde, welche den Kaiser sogar an einem deutschen Regiment erstreuen würde.“

Ob der Philister sich nun beruhigen wird, mag dahin stehen. Vielleicht beutet die offiziöse Presse dieses „Mißverständniß“ am Ende aus, um den neuerdings etwas widerhaarigen Philister abermals für Wehlforderungen zu Militärszwecken geneigt zu machen.

Attentatsabsichten gegen den deutschen Kaiser suchen einige Blätter in der Eisenbahn-Katastrophe bei Celle. Alles freilich läßt die Absicht gewisser Leute spricht dagegen, so vor allem der Umstand, daß der Hofsatz des Kaisers ein anderes Geleise als das angeblich aus verbrecherischer Absicht zerstörte benutzte hat und dann daß das Unglück acht Stunden nachdem der Hofsatz des Kaisers die spätere Unglücksstätte passirt hatte, erfolgt ist. Bei den bekannten peinlichen Vorichtsmaßregeln bei Hofsätzen ist als sicher anzunehmen, daß zur Zeit, wie der Zug des Kaisers Celle berührte, die Geleise in vollster Ordnung waren.

Für die Propaganda der Ausnahmegegebung mag Stumm'schen Organen die Geschichte vielleicht genügen.

Zum internationalen Polizeikampfe gegen den Anarchismus wird aus Brüssel dem „Hannover. Cour.“ telegraphisch: „Falls alle Mächte den Vorschlag betreffend eine internationale Anarchistenkonvention annehmen, wird die diplomatische Konferenz darüber in Brüssel oder Haag zusammentreten; bisher widerstreben noch England und die Schweiz.“

Hiernach hat es den Anschein, als wenn der verflucht gescheite Gedanke einer internationalen Verständigung über die Bekämpfung des Anarchismus noch nicht aufgegeben ist.

Wieder kein Wort von Allianz ist in den zwischen dem Zaren und dem Präsidenten der französischen Republik gewechselten Briefen zu finden. Der des Zaren hat folgenden Wortlaut:

„Ich empfinde ein ganz besonderes Vergnügen, Sie willkommen zu heißen, Herr Präsident, und Ihnen für Ihren Besuch zu danken, welchen ganz Rußland mit lebhafter und einmütiger Freude aufnimmt. Die reijvolle Erinnerung der zu kurzen, im vorigen Jahre in Frankreich verbrachten Tage bleibt unaussprechlich in meinem Herzen, wie in demjenigen der Kaiserin eingegraben. Gerne hoffe ich, daß Ihr Aufenthalt unter uns und die Aufrichtigkeit der Gefühle, welche er erweckt; die Bande der Freundschaft und der tiefen Sympathie nur noch enger werden knüpfen können, welche Frankreich und Rußland vereinigen. Ich trinke auf Ihre Gesundheit, Herr Präsident, und auf die Wohlfahrt Frankreichs.“

Präsident Faure erwiderte mit folgendem Zeilensprüche:

„Ew. Majestät hatten die Güte, an die zu kurzen Tage zu erinnern, welche Ew. Majestät mit Ihrer Majestät der Kaiserin im letzten Oktober in Paris verbracht hat. Ganz Frankreich hat seinerseits die wärmste Erinnerung daran bewahrt. Dem tiefen Gefühl der ganzen Nation entsprechend, kommt der Präsident der Republik in die Hauptstadt des Reiches Ew. Majestät, um die so mächtigen Bande zu bekräftigen und noch enger zu knüpfen, welche unsere beiden Länder vereinigen. Indem ich den Boden Rußlands in dem Augenblick betrete, wo das Herz der beiden Völker im Einklang schlägt in dem gleichen Gedanken der gegenseitigen Treue und des Friedens, erhebe ich mein Glas zu Ehren Ihrer Majestät des Kaisers aller Rußen, Ihrer Majestät der Kaiserin und ganz Rußlands.“

In den Friedensverhandlungen liegt heute folgende Meldung aus Konstantinopel vor: Die Vorgesandten in der heute früh stattgehabten Versammlung, in Athen Schritte in dem Sinne zu thun, von der griechischen Regierung die Abgabe derjenigen Staatseinkünfte zu erlangen, welche für den Dienst einer zur Zahlung der Kriegsschuldigung aufzunehmenden Anleihe bestimmt werden könnten.

Ergänzt wird diese Depesche durch die nachfolgende von gestern datirte „Times“-Meldung aus Konstantinopel: Die Vorgesandten glauben und bestehn anscheinend auch deutliche dahingehende Information, daß die Ottoman-Bank die ganze Kriegsschuldigung beschaffen würde, wenn die Kontrolle der griechischen Finanzen gesichert würde.

Deutsches Reich.

„Unglaublich“, so bezeichneten wir die Meldung, daß das preussische Staatsministerium für die vom Hochwasser Geschädigten bloß 500 000 M. bewilligen wolle.

Unglaublich, aber doch im wesentlichen wahr!

Heute schreibt die „Nordd. Allg. Zeitung“: „Von verschiedenen Blättern in die Nachrich gebracht, das Staatsministerium habe 500 000 M. für die Ueberschwemmten in Schlesien bewilligt. Unserem Vernehmen nach hat es sich hierbei nur um die Bereitstellung von Mitteln gehandelt, welche zur Abwendung dringlicher, insbesondere auch sanitärer Gefahren schleunig gebraucht werden. Daß der Staat damit seine Aufgabe nicht als erfüllt ansieht, dürfte selbstverständlich sein.“

Die Knidrigkeit des preussischen Staatsministeriums, das Duhende von Millionen an Ueberschwemmten heranzugewirtschaftet hat, wird peinlich illustriert durch die folgende Meldung der „Post“ aus Hirschberg i. Schl.:

Nach momentanem Besund der Sachlage bleibt die Noth im Ueberschwemmungsgebiet trotz der zusehenden reichen Mittel sehr groß. Schnelle Hilfe mit Geld, Kleidern, auch Möbeln ist dringend nothwendig. Besonders nothleidend ist die Schmiedeberger Gegend, Krensdorf, Wiersdorf. Typhus ist nicht bemerkbar; dagegen werden die Pestschweller befeuchtet.

Zum Zeremoniell. Beim Eintritt höchster Beamter in den Reichs- und preussischen Staatsdienst gehört jetzt und noch einige Wochen weiter eine Halbjahrsfahrt zum Herzog von Saxe-Weimar. Nach Herrn v. Bülow ist nun der „uferlose“ Kontre-Admiral Tirpitz in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Reichs-Marineamtes in Friedrichruh gewesen. Ob ihm die Ehre des Handluffes zu theil geworden ist, meldet der Telegraph nicht.

Von Gneist, der als Autorität des englischen, preussischen und deutschen Staats- und Verwaltungsrechtes angesehen wurde, ging, nachdem er sich aus einem rabulastischen Konfliktmann zu einem mit Bismarck durch Dick und Dünn gehenden Gouvernementsrat umgehändert hat, das Wort: „Gneist, der alles beweist“, Gneist ist todt, aber die Gneists, wenn auch nicht an wissenschaftlichem Genie und bewunderungswürdiger Weite und Tiefe der Kenntnisse, so doch an Fähigkeit, alles zu beweisen, was in Ministerbüreaus gewünscht wird, sind unter den deutschen Staatsrechtslehrern nicht ausgeschlossen. In erster Linie unter diesen steht der Verfasser des vielbändigen „Deutschen Staatsrechts“, der Strassburger Professor Laband. Er hat die Theorie aufgestellt, daß der Reichsanwalt auch ohne Staatsbesetzung des Reichstages Ausgaben machen könne, er hat im Vippeschen Erfolgsstreite sein Gutachten im Gegenfah zu dem späteren Urtheilsprüche im Interesse des Prinzen Adolf von Lippe-Schaumburg, eines Schwagers des Kaisers, abgegeben.

Herr Laband soll nun zu Größeren ansehen sein. Er ist telegraphisch aus der Schweiz, wo er seine Ferien verbrachte, zum Kaiser nach Wilhelmshöhe berufen worden. Eine der höchsten Beamtenstellen im preussischen Justizministerium soll ihm in Aussicht gestellt sein. Zum Schluß, den er zwar an Wissen und Kenntnissen übertrug, daß er sonst vortrefflich.

Zur Umwandlung der „Sozialen Praxis“ liegt heute ein Schreiben des Staatsministers von Berlepsch an die „Post. Ztg.“ vor, das nach diesem Blatte lautet:

In der „Post. Ztg.“ vom 18. d. M. wird der Uebergang der Wochenchrift „Soziale Praxis“ an eine neugegründete Gesellschaft m. b. H., deren Aufsichtsrath ich vorfahre, als ein Akt der Nähe gegen den bisherigen Redakteur der „Sozialen Praxis“, Herrn Dr. Jastrow, ausgefaßt. Diese Auffassung ist nicht zutreffend. Einem so kleinen oder, richtiger gesagt, gemeinen Motiv würde ich nicht zugänglich sein. Der Fall Jastrow ist für mich mit der

gerichtlichen Bestrafung und der Erklärung abgeschlossen, die dieser in der „Sozialen Praxis“ vom 2. Juli 1896, anknüpfend an den Artikel „Das Ministerium Berlepsch“ am Schluß abgegeben hat, wenn ich diese Erklärung im übrigen auch nicht für zutreffend halte. Das Disziplinarverfahren vor der philosophischen Fakultät der Universität Berlin habe ich weder beantragt noch gewünscht. Der Hergang bei Errichtung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Soziale Praxis“ war der, daß ursprünglich die Herausgabe einer neuen Wochenchrift oder Zeitungskorrespondenz beabsichtigt war. Das Institut für Gemeinwohl zu Frankfurt a. M. war geneigt, sich hieran zu beteiligen. Die eingeleiteten Verhandlungen führten dazu, daß dieses die bestehende Wochenchrift „Soz. Praxis“ der Gesellschaft anbot, die das Angebot annahm. Bei der Auswahl eines Redakteurs war lediglich der Gesichtspunkt maßgebend, daß dieser nicht nur zur Führung der Redaktion wissenschaftlich und journalistisch geeignet sein, sondern sich auch mit den Gesellschaften in voller Uebereinstimmung der Auffassung über sozialpolitische Fragen befinden müsse. Ein weiterer Irrthum in der Nothiz der „Post. Ztg.“ vom 18. d. M. findet sich in der Bemerkung, daß in dem Rundschreiben, in dem die Veränderung, die mit der „Soz. Praxis“ vorgeht, angekündigt wird, die künftigen Mitarbeiter des Blattes genannt werden, Dr. Jastrow sei nicht darunter. In dem Rundschreiben sind nicht die Mitarbeiter, sondern die Gesellschaftler genannt und diejenigen Personen, die das Unternehmen durch pekuniäre Beiträge unterstützen.“

Heute wird auch der Inhalt der Eintragung der G. m. b. H. „Soziale Praxis“ im amtsergerichtlichen Gesellschaftsregister bekannt. Hiernach ist die Gesellschaft eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvorstand datirt vom 21. Juni 1897. Gegenstand des Unternehmens ist der Verlag und die Herausgabe von Druckschriften sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Inhalts. Das Stammkapital beträgt 76 000 M. Geschäftsführer ist der Sekretär Karl Rathmann zu Berlin.

Zur Affäre Tausch schreibt heute die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Gegenüber der neuerdings wieder in der Presse aufgetauchten Behauptung, dem Kriminalkommissar v. Tausch sei ein zeitlich unbeschränkter Urlaub erteilt worden, können wir als zuverlässig mittheilen, daß der dem Kriminalkommissar v. Tausch gewährte Urlaub auf grund ärztlicher Atteste allerdings verlängert ist, aber unter der Bedingung, daß Herr v. Tausch diesen Urlaub unterbricht, sobald seine Vernehmung in der gegen ihn bekanntlich schwebenden Disziplinaruntersuchung erforderlich sein wird.

Bis jetzt hat, wie wir hören, eine solche Vernehmung nicht stattgefunden können, weil die dazu unentbehrlichen, beim Reichsgericht befindlichen Gerichtssakten der die Untersuchung führenden Behörden noch nicht zugänglich sind.“

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich heute der Wiener Herrmann Emil Eizler vor der ersten Gerichtskammer am Landgericht II zu verantworten. Der Angeklagte, der aus dem Fürstenthum Neus j. L. stammt, scheint ein Partikularist zu sein, der sich mit der deutschen Reichsbeitritt schlechterdings nicht befremden kann, denn obwohl er erst 32 Jahre alt ist, hat er schon vier Vorstrafen wegen Beleidigung des deutschen Kaisers erlitten und zwar zweimal sechs Monate, und zweimal ein Jahr Gefängnis. Daneben hat er schon den größten Theil der Paragraphen des Strafgesetzbuchs verletzt und ist deshalb bestraft worden. Gegenwärtig ist er auf zwei Jahre im Kummelsberger Arbeitshause internirt. Am 20. Juni d. J. entfloh er aus dieser Anstalt und kam in seiner Gesangenenkleidung in das Restaurant Berlinerstr. 66 in Weissenhof, wo sich zufällig der Kautzdiener Jerpinski befand, der den Ausreißer an der Kleidung erkannte und festzunehmen suchte. Das gelang ihm aber nicht, denn der Flüchtling wehrte sich mit rasender Wuth gegen seine Festnahme. Auch einem hinzugerufenen Gendarm gelang die Abführung nicht, es mußte ein Wagen requirirt werden, um ihn zum Anstaltsbureau zu bringen. Dabei beleidigte er nicht allein die Beamten, sondern auch den Kaiser, und erhielt dafür und für den Widerstand zwei Jahre Gefängnis.

Oesterreich.

Prag, 28. August. An der heute hier abgehaltenen Versammlung der deutschen Reichsraths- und Landtags-Abgeordneten Böhmens nahmen etwa 60 Personen theil. Der Obmann des Klubs der deutschen Landtags-Abgeordneten Schlesinger theilte mit, daß er infolge Erkrankung seiner Gattin genöthigt sei, Prag zu verlassen. Hieran wurden Abg. Lippert (deutsch-fortschrittlich) zum Vorsitzenden, Karl Schäder (deutsch-national) zum Stellvertreter des Vorsitzenden, Wolf (deutsch-national) zum I. und Eppinger (deutsch-fortschrittlich) zum 2. Schriftführer gewählt. Lippert verlas sodann das Einladungsschreiben des Ministerpräsidenten Grafen Lobkowitz zur Theilnahme an der Konferenz in Wien und theilte mit, daß in der heute Mittag stattgehabten Sitzung des vorbereitenden Komitees einstimmig eine Entschlezung gefaßt worden sei, welche aus den nachfolgenden sechs Punkten bestehe:

Der erste Punkt befaßt, daß die Abgeordneten an der Rechtsanschauung festhalten, daß nur im Wege der Gesetzgebung die sprachlichen Verhältnisse geregelt werden können.

In dem zweiten Punkte wird die Forderung nach Zurückziehung der Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren wiederholt. Es werden darin die Gründe, welche die Zurückziehung erheischen, entwickelt. Unter anderem wird angeführt, daß die Sprachenverordnungen der Bildung eines czechischen Staatswesens Vor-schub leisten und dadurch die Einheit und die Macht der Monarchie bedrohen.

Der dritte Punkt befaßt sich mit der übereinstimmenden Rundgebungen des Volkes, welche die Zurückziehung der genannten Verordnungen fordern.

Der vierte Punkt enthält die Erklärung, daß die Abgeordneten in unerschütterlicher Treue zu dem Volke stehen, welches angeht trotz der Unterdrückung seiner Meinungsäußerungen für die Zurückziehung eintritt.

Der fünfte Punkt konstatiert die Geltendmachung der deutschen Abgeordneten, daß die Regierung nicht gewillt ist, einen neuen Boden für die Verhandlungen zu schaffen, daß vielmehr durch die Aufrechterhaltung der Sprachenverordnungen ein Zustand geschaffen ist, welcher es den Gegnern leicht macht, alle Aenderungen zu verhindern.

Im sechsten Punkte wird die Ueberszeugung ausgesprochen, daß die Frage nicht mehr eine nur böhmische sondern eine österreichische ist und die Stellungnahme sämmtlicher Deutschen Oesterreichs erforderlich.

Infolge der angeführten Gründe sprachen sich die Abgeordneten gegen die Befehdung der Konferenz aus, wobei sie überdies auf die Treulosigkeit der anderen Vertragsparteien von 1890 hinwiesen und auf die bitteren Enttäuschungen, welche dem böhmischen Volke damit bereitet wurden. Ferner wurde hervorgehoben, daß die Einladungen zu der Konferenz einen Hinweis auf die der Konferenz vorzulegenden Entwürfe enthalten, welche Entwürfe die czechischen Wünsche berücksichtigen, die deutschen Wünsche aber, welche schon in den Ausgleichs-Konferenzen von 1890 zu gestanden worden waren, nämlich Abgrenzung der Bezirke und des Kurien-Voto nicht. Dagegen aber wäre dasjenige zu gunsten der Cechen in den Entwürfen enthalten, was der Statthalter in seiner im Landtage abgegebenen Erklärung schon zugesagt und sofort, schon im Landtage, den Widerstand der Deutschen hervorgerufen habe. Diese Entschlezung wurde einstimmig angenommen. Sodann wurde beschlossen, dieselbe mit einem Begleitbrief sofort an den Ministerpräsidenten zu schicken. Die Versammlung nahm hierauf noch zwei von Schäder und Mittel vorgelegte Resolutionen an.

Wie die Wiener Blätter aus Prag melden, richtete Graf Oswald Thun, der zu den Ausgleichskonferenzen eingeladenen liberalen Großgrundbesitzer, gestern an den Ministerpräsidenten Grafen Vandenbrouck ein Schreiben, in welchem er erklärt, daß die Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, falls die für den 28. d. M. anberaumte

Konferenz auch ohne die Vertreter des deutschen Volkes abgehalten werden sollte, an den weiteren Verhandlungen nicht theilnehmen können.

Der Ministerkonsum in Oesterreich. Das Wiener Extrablatt erhält eine statistische Zusammenstellung des Ministerkonsums in Oesterreich vom Regierungsantritt des Kaisers Franz Joseph (1848) angefangen. Nach dieser Berechnung hat es seit dem Jahre 1848 in Oesterreich (außer Ungarn) insgesamt 170 Minister gegeben. Man zählte 19 Ministerpräsidenten, 19 Justizminister, 18 Unterrichtsminister, je 17 Minister des Innern, Finanz- und Handelsminister, dagegen gab es nur 10 Ackerbau- und 9 Landesvertheidigungsminister. Seit 1867 gab es 9 Minister des Aeußern, 11 Reichs-Kriegs- und 5 Reichs-Finanzminister. Unter den 170 Ministern gab es gerade 17 bürgerlicher Abkunft. Am meisten Minister, deren 26, hat das Jahr 1848 gesehen.

Italien.

Rom, 28. August. Unter den Sandleuten in einigen Gegenden Latiums macht sich eine Bewegung bemerkbar, welche dahin abzielt, die Auftheilung der großen, unbekanten Ländereien der Patrizierfamilien durchzuführen. Heute früh begaben sich etwa 700 Sandleute mit Frauen und Kindern aus Marino nach dem Grundbesitz des Fürsten Colonna in Frattocchie, um denselben unter sich zu vertheilen und zu besetzen. Dem Zuge ging die Nationalgarde und eine Musikabtheilung voraus, welche den Königsmarsch spielte. Es gelang den Behörden, die Leute zur Rückkehr nach Marino zu bewegen, wo sie sich ohne Unordnung zerstreuten. Vier Kompagnien sind nach den Ortlichkeiten, wo die Bewegung auftritt, abgegangen, um etwaigen Aufrührungen zu begegnen; bis jetzt herrscht indessen überall Ruhe.

Spanien.

Mit der Ernennung des Generals Azcarraga zum Ministerpräsidenten an stelle des ermordeten Canovas ist, wie man aus Madrid schreibt, noch immer kein Definitivum geschaffen. In Kreisen, die als unterrichtet gelten dürfen, giebt man vielmehr dem unter neuer Flagge segelnden alten Ministerium höchstens bis zum Oktober Lebensfrist, d. h. bis zur Einberufung der Cortes. Dann erst wird das politische Problem vollständig aufgerollt werden. Daß die Konservativen am Auber bleiben, ist nicht sehr wahrscheinlich, und zwar hauptsächlich darum, weil in ihrem eigenen Lager Hay und Zwiertacht herrschen. Schon heute weigert sich eine „Rotte von Abtrünnigen“ dem aufgestellten Kabinet Beersolge zu leisten; hierbei ist nicht so sehr an die konservativen Dissidenten unter Silvela's Führung als an die „Komunisten“, d. h. die Freunde des ehemaligen Ex-Ministers Romero Robledo zu denken. Dieser alte „Häufschel“, wie man ihn hier spöttisch nennt, hatte schon zu Lebzeiten Canovas' nur schwer seinen Ehrgeiz und seine Kampflust unterdrückt und sich der Führerschaft eines Begabteren unterworfen; jetzt aber hält er sich für den einzigen berufenen Retter seiner zerstückelten Partei und weigert sich, die Autorität anderer anzuerkennen. Der neue Ministerpräsident General Azcarraga ist ein adliger, ehrenwerther Mann, aber ein Staatsmann ist er nicht und darum wird er den großen Maderadatsch im konservativen Lager nicht aufhalten können. Es darf also als ziemlich sicher gelten, daß in wenigen Monaten die Liberalen die „Erbschaft antreten“ werden; Sagasta, der alte Fuchs, liegt bereits auf der Dauer und wartet nur den geeigneten Augenblick ab, um aus seiner Reserve hervorzutreten und die Würde und Würde der Ministerchaft auf sich zu nehmen. Ob er unter den gegenwärtigen kritischen Verhältnissen viel Freude dabei erleben wird, ist sehr fraglich.

Barcelona, 28. August. Nach Meldungen aus Gracia sind dort einige Dynamitbombe n entbrannt worden.

Türkei.

Konstantinopel, 24. August. Die Zahl der seit dem Bombenattentat am letzten Mittwoch verhafteten Armenier wird von türkischen Kreisen auf 124 geschätzt. Gestern wurde eine Frau in polizeilichen Gewahrsam gebracht, in deren Wohnung ein umfangreicher Schriftwechsel mit dem armenischen Komitee, sowie drei Konfessionskempel mit den Juitalen desselben gefunden worden waren.

Asien.

Aus Indien und den Nachbargebieten liegen heute wieder zahlreiche Nachrichten vor: Nach der „Bombay Gazette“ sind in Belutschistan drei hervorragende Häuptlinge unter dem Verdachte verhaftet worden, gegen die indische Regierung zu intrigieren.

Aus Simla wird telegraphisch: Die Russländischen dringen durch den Khabar-Paß vor, Artillerie ist vorgegangen, um sie zu beschließen. — Der Emir von Afghanistan hat wiederum ein Schreiben an die indische Regierung gerichtet, in dem er seine Verantwortlichkeit für den Aufstand bestritt und den religiösen Führern verschiedener Stämme alle Schuld beimißt.

Der Anfall von Jaddah soll die Mohmands zum Angriff auf Meshi Shabbarbar gesammelt haben. Es wurden weitere Truppen nach Kohat brodrert. Eine antike Depesche aus Peshawar meldet, daß die Afridis heute früh Ali-Nusid angegriffen haben und um 10 Uhr früh zum Angriff auf Fort Raude schritten, während eine andere Streitmacht gegen Radam vorrückte. Alle Afridi-Stämme sollen sich erhoben haben.

Offizielle Depeschen zufolge haben die englischen Truppen im Distrikt Peshawar zwei Forts räumen müssen. — Eine Batterie Feldartillerie fuhr im Eingang des Khabar-Passes auf und eröffnete das Feuer auf 3200 Meter Entfernung, worauf sich der Feind sofort zurückzog. Die Afridis haben gestern Abend das Fort Raude eingenommen und niedergebrannt; die aus eingeborenen und irregulären Truppen zusammengesetzte Garnison zog sich mit einem Verlust von drei Mann zurück.

Partei-Nachrichten.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Kottbus-Spremberg, die am Sonntag in Kottbus abgehalten wurde, faßte folgende Resolution: Die Konferenz erklärt nach einem Beserat des Genossen Antick-Berlin über das preussische Landtagswahlrecht, in anbetragt des immer-reaktionärer und volksfeindlicher werdenden Verhaltens der preussischen Junkerpartei eine Betheiligung der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen für zweckmäßig. Die Betheiligung der einzelnen Kreise soll aber der Entscheidung der Genossen in den einzelnen Kreisen überlassen bleiben. Als Delegirter für den Parteitag in Hamburg wurde Antick gewählt.

Die Parteikonferenz für den ersten schlesischen Wahlkreis Ludwigshafen stellte als Reichstags-Kandidaten einstimmig wieder den Genossen Franz Jof. Ehrhart auf und wählte den Genossen Paul als Delegirten für den Hamburger Parteitag.

Der Anreger der Magdeburger Volkstimme, im Anschluß an den Hamburger Parteitag einen preussischen Parteitag abzuhalten, um dort die Entscheidung darüber zu treffen, ob an den preussischen Landtagswahlen theilgenommen werden soll oder nicht, stimmten von preussischen Parteiblättern zu: Die Breslauer „Volkswacht“, das „Vollblatt für Sargburg“, die „Märkische Volkstimme“.

Die Breslauer „Volkswacht“ bewert speziel zu der im „Vorwärts“ veröffentlichten Nothiz über die Ansicht unserer Parteileitung*) zu dem Vorschlage der Abhaltung eines preussischen Parteitages: Wir meinen, daß den nichtpreussischen Genossen ausreichende Gelegenheit, ihre Meinung zu sagen, gegeben sein dürfte bei der Erörterung der den Gesamtparteitag beschäftigenden Frage, ob der

*) Die Parteileitung, nicht die Fraktion, wie eine Anzahl von Parteiblättern konsequent verwechseln, hat die Abhaltung eines besonderen preussischen Parteitages weder abgelehnt noch beschloffen, sondern die Entscheidung dem allgemeinen Parteitag vorbehalten, der es jederzeit in der Hand habe, einen bezüglichen Beschluß zu fassen. Red. des „Vorwärts“.

Kölnen Beschluß aufgehoben werden sollte. Die eventuelle Entscheidung darüber, ob die Partei in Preußen sich an den Wahlen beteiligen und in welcher Weise dies geschehen soll, müßte man dann aber doch wohl billigerweise den preussischen Delegierten überlassen. Und da erscheint uns die von der Magdeburger „Volkstimme“ vorgeschlagene Abhaltung eines besonderen preussischen Parteitag im Anschluß an den Gesamtparteitag als durchaus praktisch und sowohl im Interesse der Geschäftsentwicklung des Gesamtparteitags wie der Parteigenossen in Preußen zu liegen.“

Das „Volkblatt für Halle“ dagegen erklärt die Haltung der Parteileitung für richtig. Derselben Meinung ist von den nichtpreussischen Blättern die „Mainzer Volkszeitung“ und die „Sächs. Arb.-Ztg.“

Die „Thüringer Tribüne“ in Erfurt schreibt: „Selbstverständlich hat das erste Wort in der Wahlbeteiligungfrage der Hamburger Parteitag, da einerseits den preussischen Genossen erst durch Aufhebung des Kölner Beschlusses die Freiheit in der Behandlung dieser Angelegenheit wieder eingeräumt werden muß, und andererseits eine allseitige theoretische Erörterung auch seitens der Delegierten der Bundesstaaten nur förderlich sein kann. Hat aber der Hamburger Parteitag entschieden — und nach unserer Meinung kann er sich nur für oder gegen den Kölner, die preussischen Genossen bindenden Beschluß aussprechen, so ist ein preussischer Parteitag nötig, auf dem diese Sache erörtert werden muß, ob überhaupt, bzw. in welcher Weise eine Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen zu erfolgen hat. Daß ein solcher Parteitag im direkten Anschluß an den Hamburger stattfindet, würde gar nicht ratsam sein, da zunächst einmal in umfassender Weise die verschiedenartigen Ansichten auf einen Erfolg auf Grund statistischen und sonstigen Materials, nicht auf bloße Vermutungen und Annahmen hin festgestellt werden müßten. Danach könnte dann erwogen werden, ob eine allseitige Beteiligung praktisch, ob Kompromisselei mit bürgerlichen Parteien zur Erlangung eigener Mandate, ob Unterstützung der bürgerlichen Opposition, oder ob nur in einigen wenigen Kreisen, in denen unsere Genossen tatsächlich die Entscheidung in der Hand haben, Beteiligung an der Wahl zu empfehlen ist. Diese speziellere Frage ist nicht Sache des Hamburger Parteitag, sondern eines preussischen, sobald der Hamburger den Kölner Beschluß aufgehoben hat. Durch eine Beschärkung des Hamburger Parteitag auf diese Entscheidung würde auch am leichtesten eine Einigung zu erzielen sein. Sonach sind wir für die Einberufung eines selbständigen preussischen Parteitag.“

Die „Mannheimer Volksstimme“ erklärt die Magdeburger Anregung „als durchaus gegenstandslos“ und führt dann an: „Geben wir uns die Aufhebung beziehungsweise die Wollassung eines Beschlusses handelt, der auf dem Kölner Parteitag, also einem allgemeinen deutschen Parteitag gefaßt worden ist, kann für diese Frage nur wieder ein deutscher Parteitag kompetent sein. Andernfalls hätte man auch den früheren Beschluß einer Nichtbeteiligung feinerzeit nicht auf einem allgemeinen deutschen Parteitag fassen dürfen.“

Eingehend befaßt sich die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ mit dieser Angelegenheit. Sie sagt, die Frage ob wegen der preussischen Landtagswahlen ein preussischer Parteitag zusammenzutreten solle, sei ihres Erachtens nur eine Frage der „praktischen Zweckmäßigkeit“ und meint dann: „Leider ist zu befürchten, daß sie mit Dingen vermengt werden wird, die einen ganz anderen Charakter tragen und andere Tragweite besitzen. Ist doch schon jetzt seitens einiger bayerischer Genossen der Versuch gemacht worden, die Revision des Kölner Beschlusses zum Präzedenzfall zu erheben, indem von ihnen der Grundsatz aufgestellt wird, über die Angelegenheiten der einzelnen deutschen Bundesstaaten haben die Genossen jener Gebietsteile allein zu entscheiden, und in Zweifel gezogen wird, ob der Kölner Parteitag überhaupt das Recht hatte, einen Beschluß über preussische Landtagswahlen zu fassen. Dem muß nun mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Die Sozialdemokratie ist kein Staatenbund, sondern eine einheitliche politische Partei. Wenn sie auch genötigt ist, sich in ihren einzelnen Teilen der politischen Gliederung des Landes anzupassen, so ist sie doch himmelweit davon entfernt, die politische Zerstückelung Deutschlands, welche sie bedauert, auf sich selbst zu übertragen. Der beste Beweis dafür, daß es sich bei der Beurteilung der sozialdemokratischen Organisation auf die einzelnen Bundesstaaten nur um eine formelle Uebertragung, nicht um eine Uebernahme des föderalistischen Grundsatzes handelt, liegt darin, daß es für den größten Bundesstaat Deutschlands, eben für Preußen, gar keine besondere sozialdemokratische Organisation gibt. Die einzelnen Provinzen resp. Wahlkreise Preußens haben ihre Organisationen, zu einer gemeinsamen Organisation für Preußen sind sie aber nicht vereinigt. Es gibt keine „preussische Sozialdemokratie.“ Deshalb gab es auch nie einen preussischen Parteitag... Für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß der Kölner Parteitag die Befugnisse hatte, seinen Beschluß über die preussischen Landtagswahlen zu fassen, und daß auch der kommende Parteitag das Recht hat zu den weitgehendsten Beschlüssen bezüglich preussischer Wahlakt. Es ist jedoch damit für uns die Frage der Zusammenberufung eines preussischen Parteitag noch keineswegs erledigt. Wir haben darauf verwiesen, daß es eine Organisation der Partei für ganz Preußen nicht gibt, und ein preussischer Parteitag ein Novum ist. Das liegt aber gerade daran, daß man sich bis jetzt in Preußen an den Landtagswahlen nicht beteiligte. Denn die Beteiligung an den Landtagswahlen, wenn sie allgemein ist, erfordert auch eine einheitliche Organisation im ganzen Lande und führt infolge dessen zur Konstituierung eines besonderen Parteitag des betreffenden Landes. Es ist deshalb vollkommen logisch, daß mit der Frage der Wahlbeteiligung in Preußen auch die Zusammenberufung eines preussischen Parteitag ausgetauscht. Diesen Zusammenhang dürfen wir nicht aus den Augen verlieren: es handelt sich um Organisation der Wahlen, nicht um die Entscheidung über die Wahlbeteiligung. Ueber die Wahlbeteiligung entscheidet der Parteitag. Dazu ist er befugt und es liegt keine Veranlassung vor, ihm diese Befugnis streitig zu machen. Beschließt nun der Parteitag eine allgemeine und selbstständige Beteiligung, dann ist ein preussischer Parteitag angebracht, um Bestimmungen über einheitliche Organisation der Wahlen zu treffen. Wenn aber der Parteitag bloß die Kölner Resolution aufhebt und die Entscheidung über die Wahlbeteiligung den einzelnen Wahlkreisen überläßt, dann liegen für einen besonderen preussischen Parteitag gar keine Aufgaben vor, die er zu erledigen hätte. Aber selbst im ersten Falle, wo ein preussischer Parteitag zurecht ist, braucht man doch keineswegs den Wahlapparat auf neue Bewegung zu setzen und sich neue Ziele und Geldausgaben aufzulegen, sondern es wird genügen, wenn die preussischen Abgeordneten des Parteitag im Anschluß an diesen zu einer besonderen Sitzung zusammenzutreten, um die einschlägigen Beschlüsse zu fassen. Darum sind wir mit dem Verfahren der Parteileitung einverstanden, die vorläufig von der Zusammenberufung eines preussischen Parteitag absieht, diese aber nötigenfalls in Aussicht stellt.“

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Frankfurt-Sonan, die am Sonntag in Gassen abgehalten wurde, erklärte sich auf Antrag des Genossen Dr. Luz in Beziehung auf die preussischen Landtagswahlen dafür, daß der Kölner Beschluß aufgehoben und es den Parteigenossen der einzelnen preussischen Wahlkreise überlassen wird, ob sie sich an der Wahl beteiligen wollen oder nicht. Als Reichstagskandidat wurde Dr. Luz aufgestellt; derselbe hat den Kreis auch auf dem Parteitag in Hamburg zu vertreten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Nr. 194 der „Volkstimme“ von Magdeburg ist angeklagt wegen Majestätsbeleidigung mit Beschlag belegt worden.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Ueber einen unerhörten Vorfall ist zu berichten. Die bis vor kurzem selbständige Gemeinde Pieschen hat im Orte die üblichen Anschlagtafeln für Bekanntmachungen aufgestellt. Auch unsere Parteigenossen benutzten dieselben natürlich bisher so gut wie jeder andere. An diese Tafeln wurden in den letzten Tagen wieder in der bis jetzt üblichen Weise Plakate angeklebt, welche die Bekanntmachung einer Versammlung enthalten, in der der Reichstags-Abgeordnete Seyer sprechen soll. Diese

Plakate sind jetzt auf Veranlassung der Behörde wieder heruntergerissen worden, weil die Plakattafeln nummehr Eigentum der Stadtbehörde geworden und weitere Verfügungen für den Anklebmodus noch nicht getroffen seien. — Es genügt, diese neueste Leistung sächsischer Verwaltungspraxis zu registrieren.

Der Zentralvorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

hat am 14. August d. J. ein Zirkular verfaßt, worin die Verbandsmitglieder aufgefordert werden, Donnerstag den 28. August über folgende zwei Fragen mit Ja oder Nein abzustimmen: 1. Halten Sie die auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Pfingstkongresses entwickelte Tätigkeit der sogenannten Opposition gegen das Vereinsinteresse gerichtet? 2. Wünschen Sie, daß seitens der Verbandsleitung gegen die Verbandschädiger nach Absatz a und b im § 5 des Statuts vorgegangen wird? — Diese beiden Vorschriften des Statuts lauten: „Ausgeschlossen kann werden, wer a) den Bestimmungen des Statuts und den statutenmäßigen Anordnungen des Verbands resp. Gauvorstandes nicht Folge leistet, b) Handlungen begeht, welche die Interessen des Verbandes schädigen und den Grundsätzen desselben zuwiderlaufen.“

Diese Ausschreibung der Urabstimmung begründet der Zentralvorstand wie folgt:

Die derzeitigen Verhältnisse in unserer Organisation machen es dem Vorstand zur Pflicht (gemäß § 15 Absatz 6 des Statuts), die Mitwirkung sämtlicher Mitglieder in Anspruch zu nehmen, um in unantastbar demokratischer Weise eine von allen Mitgliedern zu beachtende Richtschnur zu erhalten, obgleich eine solche bereits durch die Beschlüsse der Generalversammlung gegeben ist.

Ueber ein Jahr lang verläuft nun bereits die sog. Opposition, jede Tätigkeit der Verbandsfunktionäre zu diskreditieren und deren statutarische Wirksamkeit mit der Herabwürdigung der betreffenden Personen zu beantworten; Statut und Generalversammlungs-Beschlüsse existieren für diese Herren nicht! Wiederholte dringende Aufforderungen an jene Mitglieder, ihr verwerfliches Treiben einzustellen und gemeinsam mit der großen Mehrheit an der Stärkung des Verbandes zu arbeiten, fand nur Hohn und Spott! In ihrer „Befreiendheit“ fordern die Herren um Gafch „nur“ den Austritt der Verbandsleitung, Errichtung einer Prekommission, in welcher sie vertreten sind, um den „Correspondent“ einer einzelnen Person zur beliebigen Verurteilung ausantworten zu können, und Rückgängigmachung der notwendig gewordenen und auf Grund des Statuts vollzogenen Ausschüsse.

Zur Erreichung dieser Ziele hat sich die Opposition auf dem sogenannten Pfingstkongress in Leipzig in aller Form organisiert, damit sie „innerhalb des Verbandes“ um so wirkungsvoller für ihre Bestrebungen thätig sein kann. In psychotomischer Weise hat der Verbandsvorstand die Gauvorstände befragt, ob dieser Tätigkeit der Gafchianer weiter Spielraum gelassen oder endlich auch von jener Seite Respekt vor den selbstgegebenen Befehlen verlangt werden soll.

Fast einstimmig ging die Meinung der Gauvorstände dahin, daß es die Würde und die Selbsterhaltung der Organisation verlange, diesen Treiben energischer entgegenzutreten und falls eine nochmalige Aufforderung zur Disziplin unbefruchtet bleibe, zum Ausschluß der Verbandschädiger zu schreiten, deren zersetzende Tätigkeit um so unheilvoller für die Organisation ist, als die Herren — mitwohl, wie sie nun einmal sind — in Versammlungen, wo sie zur Rechtschaffenheit gezogen werden sollten, fortgesetzt und entschieden das verleugnen, was ihnen an zersetzender Arbeit, diktiert von persönlicher Geheißigkeit, nachgewiesen werden kann. Sie appellieren an das Mitleid und das Gefühl der Kollegen, um alle Welt über ihre wahren Ziele zu täuschen. Dieses Räuberding gelingt ihnen auch hier und da! So nahm z. B. die Mitgliedschaft Dresden von einem energischen Schritt Abstand; die Quittung besteht darin, daß einer der Oppositionellen jetzt im Bande herumzieht und den Verband sowie den Vorstand in der gehässigsten Weise verächtlich.

Der Vorstand ist sich längst darüber klar, daß derartige Rücksichten im Lager der Opposition als Schwäche ausgelegt und zu neuen Angriffen gegen die Verbandsleitung benutzt werden. Letztere muß endlich wissen, ob sie in ihrem Kampfe für die Verbandsinteressen die Mitglieder hinter sich hat oder ob es im Willen derselben liegt, jedem zu überlassen, Statut und Generalversammlungsbeschlüsse nach seinem Geschmack ausulegen.

Unter solchen Verhältnissen wäre jede agitatorische Tätigkeit im Verbandsverbanden; von Leipzig ausgehende Direktiven sorgen dafür, daß in den einzelnen Versammlungen dem anständigen Teil der Mitglieder das Vereinsleben verleidet wird. Wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß die große Mehrheit dieser Kampfesweise mißbilligt, so können wir doch mit dem Vorwurf nicht zurückhalten, daß der Opposition gegenüber zu wenig Energie bekundet und der Wille der Mehrheit nicht in der notwendigen Weise zum Ausdruck gebracht wird.

Wir stehen ganz skrupellos Gegnern gegenüber, wo deren Einfluß hinreicht, gibt es keine Rücksicht! So wurde Kollege Eichler wegen Wahrung des Gewerkschaftsprinzips in Leipzig aus dem Wahlverein ausgeschlossen und in der „Leipziger Volkszeitung“ verlangt ein „sozialdemokratischer Buchdrucker“ die Entlassung der Seyer, die nicht auf dem Standpunkt der Geschäftseitung stehen, eine Drohung, deren baldige Verwirklichung sehr wahrscheinlich ist. In Euch, Kollegen, wenden wir uns jetzt, um jedem Gelegenheit zu geben, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, damit nicht wieder die Behauptung aufgestellt werden kann, daß nur der Wille einzelner Personen zur Durchführung gelange.

Wir ersuchen Euch daher, durch Beantwortung der untenstehenden Fragen unabweislich zu dokumentieren, ob Ihr den Verband seinen gewerkschaftlichen Zielen und Aufgaben erhalten und nicht einer sog. Opposition preisgeben wollt, deren offensichtliches Bestreben nur darauf gerichtet ist, durch fortgesetztes Ständhalten jede Vereinsfähigkeit zu lähmen und Eure 1 1/2 Millionen Vereinsglieder ihren dunklen Plänen dienstbar zu machen.“

So weit das Zirkular des Vorstandes.

Daß der Zentralvorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker die Gesamtheit der Mitglieder im Wege der Urabstimmung darüber befragt, welche Meinung sie über die Wirksamkeit haben, die nun seit Jahr und Tag in der Buchdruckerorganisation toben und sowohl innerhalb wie außerhalb derselben zu den bedauerlichsten Vorkommnissen geführt haben, dagegen läßt sich absolut nichts Begründetes einwenden. Die Mitglieder des Verbandes der deutschen Buchdrucker haben es nun in der Hand, ihren Willen mit unzweifelhafter Deutlichkeit kund zu thun. Unterrichtet über die Sachlage ist jedes einzelne Mitglied ausreichend durch die Fachpresse. Von einer Ueberrumpelung durch die Urabstimmung kann also nicht wohl die Rede sein.

Wenn es aber dem Zentralvorstand darauf ankommt, ohne Beeinflussung die Ansicht der Mitglieder zu erfahren, weshalb stellt er die Behauptung auf, daß das Bestreben der sogenannten Opposition offensichtlich nur darauf gerichtet sei, die 1 1/2 Millionen Vereinsglieder ihren dunklen Plänen dienstbar zu machen?

Wenn wirklich eine derartige Absicht unter der Opposition bestünde, so könnte es sich doch nur um eine handwoll Deute handeln. Aber auch nur einem Teile der Opposition einen solchen Vorwurf zu machen, dazu gehören Beweise und diese werden in dem Aufsatz an die Mitglieder nicht geliefert.

Man hat es in dem Hinweis auf die 1 1/2 Millionen lediglich mit einer nicht entschuldlichen Unterstellung zu thun, die die Mitglieder bestimmen soll, aus Angst vor dem etwaigen Verlust des Vereinsvermögens im Sinne des Zentralvorstandes zu stimmen. Da die Opposition ihre Bestrebungen für sozialdemokratisch ausgibt und ihre Gegner als konservativ versichert, so ist es logisch, daß die Feinde der sozialdemokratischen Partei die Behauptung des Zentralvorstandes in dem Sinne anzulegen werden, die Opposition in der Buchdruckerorganisation sei eine Wache der Sozialdemokratie, um dieser das Vermögen der Buchdrucker in die Hände zu spielen. Ähnliches wird in der Stumm'schen „Post“ und anderen Blättern dieses Schlages ja von jeher behauptet. Der

Zentralvorstand wird hiernach selbst die Verpflichtung fühlen, über den Sinn seiner Aeußerung die Öffentlichkeit nicht im unklaren zu lassen.

Auch die Schilderung des Ausschusses Eichler's in Leipzig ist unrichtig. Der Ausschluß wurde nicht „wegen Wahrung des Gewerkschaftsprinzips“ vorgenommen, sondern weil Eichler die Buchdrucker Leipzigs angefordert hatte, nicht auf Sammellisten zu zeichnen, die zu gunsten der streikenden Bauarbeiter ausgegeben waren. Eichler handelte damit entsprechend dem Beschluß einer allgemeinen Buchdrucker-Versammlung, die als Antwort auf den Ausschluß der Tarifgemeinschaftsanhänger aus dem Gewerkschaftskartell dem Sinne nach erklärt hatte, die übrigen Leipziger Gewerkschaften nicht eher wieder unterstützen zu können, bis der Ausschluß der Tarifgemeinschaftsanhänger aus dem Gewerkschaftskartell rückgängig gemacht sei. Eichler hat also in Wahrnehmung eines Beschlusses seiner Fachgenossen gehandelt und deswegen wurde er aus dem Bezirk Osten der Leipziger Partei-Organisation ausgeschlossen, aber man kann nicht sagen, daß der Ausschluß wegen Wahrung des Gewerkschaftsprinzips an sich erfolgt sei.

Gewerkschaftliches.

Verla und Umgebung.

Achtung, Steinarbeiter! Bei der Firma Sperling in Frankfurt a/O. haben am Montag, den 23. d. Mts., 7 Steinmehrer die Arbeit niedergelegt. Da die Löhne sehr niedrig sind, fordern diese eine Lohnerhöhung von 25 pCt. und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Die Firma sucht im „Steinbildhauer“ Steinmehrer bei andauernder Arbeit. Möge jeder Kollege, welcher auf die im „Steinbildhauer“ erscheinenden Arbeitsangebote reaktiviert, erst bei der Geschäftsleitung anfragen, ob auch diesem nichts im Wege steht.

In Ragdeburg dauert der Streik der 80 ausländischen Kollegen fort, dagegen finden in Hof zwischen den ausgesperrten Arbeitnehmern und den Arbeitgebern Verhandlungen betreffs Wiederaufnahme der Arbeit statt. Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands, J. K. R. Mitsche, Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

In der Rissenfabrik Lindenstr. 35, ist wegen Lohnunterschieden ein Streik ausgebrochen. Zugun von Tischlern und Stellmachern ist streng fernzuhalten.

An die Mitglieder des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Die am Montag, den 28. August, im Louisenstädtischen Kongresshaus abgehaltene, von 240 Vertrauenspersonen besuchte Versammlung nahm, nach kurzer Debatte, gegen wenige Stimmen folgende Resolution an: „Die Berliner Vertrauensmänner erklären in der Tätigkeit der sogenannten Opposition eine schwere Verbandschädigung. Sie begreifen die beabsichtigte Urabstimmung als den einzigen Weg, eine endgültige Klärung herbeizuführen, erklären sich daher mit den Maßnahmen des Gauvorstandes einverstanden und empfehlen den Kollegen, sich nicht von unangebrachten Mitleid gegen die Verbandszerstörer leiten zu lassen, sondern für energische Durchführung der Generalversammlungs-Beschlüsse sich zu entscheiden. — Die Einberufung einer Vereinsversammlung durch unberufene Personen erklären die Vertrauensmänner als ein Bestreben, das Programm der Gafchianer, die Einigkeit des Verbandes zu zerstören, zu verwirklichen, und erwarten von den Mitgliedern, daß sie derartigen Versammlungen fernbleiben.“ Der Gauvorstand.

Deutsches Reich.

Den Musikinstrumentenmachern Deutschlands zur Nachricht, daß der vor vier Wochen bei der Firma Traugott Schneider u. Co. in Magdeburg, Wilhelmstadt, ausgebrochene Streik fortbauert. Was jetzt ist es gelungen zu verhüten, daß gelernte Arbeiter (Balgemacher, Geismacher und Reinstimmer) dort in Arbeit treten. Da Erfahrung ist, daß nicht durch Zeitungsannoncen zu beschaffen sind, reist jetzt ein Vertreter der Firma umher und wirbt Leute an. So am Sonntag in Berlin, wo sich 4 Mann anwerben ließen, die aber wieder abreisten, als sie in Magdeburg über den Stand der Dinge unterrichtet worden waren. Die Streikenden bitten um strenge Fernhaltung des Zuguns.

Der Werftarbeiterstreik in Hensburg hat, soweit die Mitglieder des Werftarbeiterverbandes in betracht kommen, eine Ausgabe von 77 195,69 M. (inklusive 1800 M. zurückgezahlter Darlehen) verursacht, wovon die Streikunterstützung während der 14 1/2 Wochen 71 548,63 M. ausmacht; hinzu kommen kleinere Posten für die Unterstützung Jugender, für Gerichtskosten, Inzuster, Reisekosten u. s. w. Die Sammlungen am Orte brachten 10 343,69 M., sonstige Einnahmen (Beiträge aus Gewerkschaftsklassen u. s. w.) 5697,04 M.; von andwärts gingen ein 39 131,95 M. und durch Anleihen wurden 22 000 M. aufgebracht (wovon durch den Werftarbeiterverband zur Zeit bereits 5200 M. zurückgezahlt sind). Die von den Zentralverbänden der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Formner, Schiffszimmerleute, Schmiede und Kupferschmiede an ihre Mitglieder bezahlten Unterstützungen sind in dieser Aufstellung nicht mit in betracht gezogen. Leider steht, wie dem „Hamb. Echo“ aus Hensburg geschrieben wird, daß durch den Streik erregung zu den Kosten in keinem richtigen Verhältnis.

In Köln am Rhein stehen seit 20. August die Arbeiter der Bronzelegiererei von Jos. Louis im Streik. Sie fordern: bessere Behandlung; 10prozentige Lohnerhöhung, für Ueberstunden und Sonntagsarbeit 25 pCt. Zuschlag; neuinständige Arbeitszeit an den Abtagen, ohne Lohnabzug; Regelung der Ruhepausen. Es wird gebeten, den Zugang von Formern, Säcklern und Zylinderlern fernzuhalten.

Der Leipziger Maurerstreik dauert unverändert fort. Die Strafmandate, mit denen solche Maurer, die auf den Bahnhöfen etwa ankommende „Arbeitswillige“ von der Lage des Streiks unterrichten wollen, bedacht werden, lauten jetzt auf 40 M., anfänglich nur auf 3 M. Zugang fremder Maurer ist indessen seit Sonnabend nicht zu verzeichnen gewesen.

In München beträgt die Zahl der Schuhmacher, die wegen Nichtanerkennung des Juningtariffs ausgesperrt sind, bereits 60. Zugang ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Ein Verband der Schiffshändler ist in der Schweiz mit dem Vorort St. Gallen gegründet worden. Der Verband krebt u. a. an die Durchführung des Zehnstundenages, Vereinbarung eines Minimallohnes für die Tagelohnarbeiter u. s. w.

Die Streikbewegung der Budapester Bauarbeiter hat riesige Dimensionen angenommen. Zur Zeit sind daran zwanzigtausend Maurer, Handlanger u. a. beteiligt. Am Montag soll es, wie der Telegraph berichtet, zu blutigen Zusammenstößen gekommen sein; viele Polizisten und Arbeiter seien verwundet. Die Polizei konstatiert in einem Bericht, daß im ganzen 410 Verhaftungen vorgenommen wurden, zahlreiche Personen schwer und etwa 50 Personen leicht verletzt worden sind.

Der Buchdruckerstreik in der serbischen Staatsdruckerei in Belgrad ist beendet. Nach heftigem Kampfe und nachdem 22 Mann in den Arrest gefaßt wurden, haben die Unterhandlungen zu dem Resultat geführt, daß der Kultusminister die meisten Forderungen zu bewilligen versprochen, wenn vorher die Arbeit aufgenommen werde. Wenn er nur sein Versprechen auch einlöst!

Der englische Gewerkschaftskongress wird am 6. September in Birmingham zusammenzutreten. Das parlamentarische Komitee wird dem Kongress eine Resolution zur Annahme empfehlen, welche sich im Prinzip für das in letzter Session angenommene Gesetz betreffend die Arbeiter-Unfallentschädigung ausspricht, aber dessen Unzulänglichkeit bemängelt. Große Debatten dürften sich auch wieder entspinnen über die Resolutionen, durch welche die Gewerkschaften ihren Standpunkt zu der Frage der Nationalisierung (Vergesellschaftung) der Produktionsmittel kennzeichnen.

Im Ausland der englischen Maschinenbauer berichtet die „Londoner A. S.“: Die Baugewerke in Edinburgh und Leith haben nach siebenwöchigem Ausstand den achtstündigen Arbeitstag bewilligt erhalten. In Edinburgh ist sogar eine Lohnerhöhung eingetreten.

Soziales.

Ferien für Arbeiter. Diese Zeitungen berichten: Die optischen Werkstätten der Firma C. P. Goerg, Schöneberg bei Berlin, in welchen etwa 800 Optiker und Mechaniker beschäftigt werden, sind diese Woche über geschlossen, da allen Angehörigen und Arbeitern eine Woche Urlaub, unter Zahlung des Lohnes, gegeben worden ist. — Bisher war es fast nur in einigen sozialdemokratischen Buchdruckereien üblich, dem gesamten Arbeitspersonal unter Zahlung des vollen Lohnes einen achtstägigen Urlaub zu geben. Dieser Brauch hat in kapitalistischen Kreisen bisher nicht allzuviel Beifall gefunden, und wir fürchten, daß, wie so manche Verbesserung, so auch die Feinerzeit von den Arbeitern erst im gewerkschaftlichen Kampf späterer Jahre errungen werden muß.

Wiederum ein Unglück in der Meophagruhe, dem leicht eine Anzahl Menschenleben zum Opfer hätten fallen können. Aus Kattowitz wird vom 24. August gemeldet: Heute früh 9^{1/2} Uhr gerieth in der Meophagruhe die Zimmerung im Querschlag der 162 Meter-Sohle zwischen dem Frankenberg und dem Redenschacht in Brand. Das Feuer wurde rechtzeitig bemerkt und zunächst die Verbindung nach dem Wälferschatz abgebrochen. Die tiefer arbeitenden Bergleute konnten an das Tageslicht gefördert werden. Verschiedene Gruben-Feuerwehren konnten wegen der großen Rauchentwicklung nichts anrichten. Menschenverlust ist glücklicherweise nicht zu beklagen und dürfte die Förderung voraussichtlich morgen wieder in vollem Betriebe sein.

Dem preussischen Eisenbahn-Ministerium zur Nachahmung zu empfehlen ist ein Erlaß des belgischen Eisenbahn-Ministers. Durch diesen werden die Dienstvorstände der Staatsbahnen ermächtigt, an die Arbeiter aller Gruppen den gewöhnlichen Tagelohn für den ganzen oder einen Theil des Tages auszusahlen, wenn die betreffenden aus folgenden Gründen abwesend sein müssen: um an einer Wahl teilzunehmen; sich an der Bewerbung um ein Amt der Eisenbahn, Post, Telegraphen u. s. w. zu betheiligen; einen ärztlichen Besuch zu empfangen; in einem Krankenhause oder bei einem Arzt Rath zu suchen; einem Begräbniß, einer Hochzeit in der Familie (bis zu einem bestimmten Verwandtschaftsgrade) beizuwohnen; eine Ehe zu schließen; ein Loos zu ziehen; vor Gericht zu gehen; vor dem Militär- oder Revisionsrath zu erscheinen; seiner Pflicht als Bürgerwache zu genügen; einer Forderung, einem ersten Abendmahl beizuwohnen; als Taufpathe eines Kindes zu erscheinen; eine Wohnung in einem neuen Wohnort zu suchen; der Befreiung der Militär- oder deren Einstellung beizuwohnen; endlich um vom Minister in Audienz empfangen zu werden.

Die ärztlichen Bezirksvereine Sachsens, die infolge der vom Landtag geschaffenen ärztlichen Standesordnung errichtet worden sind, hatten die Vertragsverhältnisse der Ärzte mit den Orts-Krankenkassen zu beeinflussen gesucht, um dadurch eine Erhöhung der Arzthonorare zu erreichen. Auf der letzten in Leipzig abgehaltenen Versammlung des sächsischen Orts-Krankenkassen-Verbandes war beschlossen worden, dagegen beim Ministerium Front zu machen. Die Eingabe hat den Erfolg gehabt, daß das Ministerium des Innern an die Kreishauptmannschaften ein Rundschreiben erlassen hat, worin es heißt: In § 15 der mit Verordnung vom 12. August 1898 hinausgegebenen Standesordnung für die ärztlichen Bezirksvereine ist vorgeschrieben worden, daß Verträge der Ärzte mit gewissen Kassen, Gesellschaften oder Anstalten unter gewissen Voraussetzungen vor endgiltigem Abschluß dem Bezirksvereine zur Genehmigung vorzulegen seien. Der Zweck dieser Bestimmung ist lediglich der, zu verhindern, daß einzelne Ärzte Vereinbarungen eingehen, die der Stellung eines Arztes unwürdig sind, beziehentlich die Standesehre verletzen, keineswegs aber hat hiermit den Bezirksvereinen an sich eine Einflußnahme auf die Höhe der Gebühren eingeräumt werden sollen. Wenn nun im Publikum vielfach die Ansicht verbreitet und auch bereits in Eingaben an das Ministerium des Innern zum Ausdruck gelangt ist, daß die Bestimmung des § 15 der Standesordnung dazu benutzt werde, um namentlich den Krankenkassen gegenüber höhere Forderungen zu stellen, so sieht sich das Ministerium veranlaßt, auf den eigentlichen Zweck dieser Bestimmung hiernit noch besonders hinzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, daß seitens der Bezirksvereine alles vermieden werden muß, was den Anschein erwecken könnte, als ob der ihnen durch das Gesetz vom 23. März 1898 gebotene Einfluß auf ihre Mitglieder benutzt würde, um auf andere Kreise einen Druck auszuüben. Bestrebungen dieser Art würde seitens der Aufsichtsbehörde entgegenzutreten sein.

Soziale Rechtspflege.

Unfall eines Fabrikarbeiters auf der Straße. Der Metallarbeiter Rudolf, der in einer Fabrik beschäftigt war, sollte eines Tages gemeinsam mit einem Kollegen einen Fahrstuhl reparieren. Die beiden rühten sich in der Fabrik mit dem erforderlichen Werkzeug und Material ein und begaben sich dann auf den Weg zur Arbeitsstätte. Hierbei mußten sie den Durchgang einer Markthalle passieren. Als sie dort einbiegen wollten, stürzte gerade vor ihnen ein Pferd und M. wurde von dem hochschlagenden Scheerbaum des Wagens, den das Thier gezogen hatte, im Gesicht verletzt. Er beantragte demnach bei der nordöstlichen Eisen- und Stahl-Versicherungsgesellschaft eine Unfallrente; die Versicherungsgesellschaft und das Schiedsgericht wiesen aber seinen Anspruch zurück. Sie machten für ihr Verhalten geltend, Kläger habe sich während des Unfalles nicht im versicherten Betriebe befunden. Besonders betonten sie, daß nach dem polizeilichen Protokoll M. im Moment des Unfalles an den Wagen herangetreten sei, um dem Kutscher beim Aufheben des Pferdes zu helfen. Kläger bestritt dies entschieden und setzte beim Reichs-Versicherungsamt eine gründliche Beweishebung durch. Das Reichsgericht verurtheilte darauf die Versicherungsgesellschaft zur Rentengewährung und sahete aus: Zweifellos habe sich der Verletzte bei seinem Gange durch die Straßen im Betriebe befunden. Sein Auftrag habe ihn dem Gefahrenbereiche des großstädtischen Straßenverkehrs ausgesetzt, die Versicherungspflicht habe sich demnach auch auf den Gang erstreckt. Allerdings wäre die Versicherung in dem Moment erloschen, wo er sich durch irgend eine Handlung außerhalb des Betriebes geseht hätte. Das wäre geschehen, wenn er dem betreffenden Kutscher geholfen hätte oder ihm hätte helfen wollen. Das sei aber nicht unabweislich nachgewiesen. Da es sich nur um Sekunden und Schritte handelte, so sei nicht ausgeschlossen, daß sich in das polizeiliche Protokoll ein Irrthum eingeschlichen habe. Ohne den unabweisbaren Nachweis des Gegentheils müsse angenommen werden, daß Kläger den Betrieb nicht verlassen habe. Die Versicherungsgesellschaft sei somit entschädigungspflichtig.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Verleumdung in Idealkonkurrenz mit groben Unfug war der Journalist Josef Petzlik vom hiesigen Schöffengericht I zu einer Woche Gefängniß verurtheilt worden. Auf die von dem Angeklagten eingeleitete Verurteilung hatte gestern die neunte Ferienkammer des Landgerichts I eine erneute Prüfung vorzunehmen. Dabei wurde folgendes festgestellt: Am 4. Mai d. J. abends gegen 11 Uhr, kam die Frau Rentiere L. mit ihrem 14-jährigen Sohne aus der Bühlarstraße, woselbst ein Schauffieren stattgefunden hatte. Als beide Personen auf der rechten Seite der Anhaltstraße dahingingen, kam der Angeklagte von der linken Seite der Straße quer über den Dammbau auf sie zu und blieb nun immerzu vor sich herredend an der Seite der Dame bis zur Friedrichstraße. Die Dame war der Meinung, daß die Worte an sie gerichtet seien und daß sie einen unflüchtigen Antrag enthalten — obwohl sie die einzelnen Worte nicht verstehen konnte. An der Ecke der Friedrichstraße, nachdem der Angeklagte die Frau L. auch noch angerepelt hatte — wie er sagt, aus Versehen —, trat endlich der vierzehnjährige Sohn mit den Worten dazwischen: „Das ist ja

meine Mutter“. Der Knabe wurde aber barsch angefahren und zurückgeschoben. Ebenso wurde der Angeklagte gegen einen Herrn, um dessen Hülfe Frau L. bat, ausfallend. Der Angeklagte bestritt seine Schuld, er sei eine sehr aufgeregte Natur, die oft vor sich hinrede u. s. w. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Lubjanski bestritt außerdem, daß ein grober Unfug darin gefunden werde könne, wosun in jener Gegend eine anständige Frau des Abends von einem Manne angesprochen werde; zu jener Zeit gingen dort eben jumeist nur weibliche Personen, welche angesprochen werden wollten! Das Schöffengericht hatte bei der Strafmaßbestimmung in betracht gezogen, daß anständige Frauen gegen ein derartiges Benehmen geschäftigt werden müßten und außerdem zugleich groben Unfug angenommen, da anständige Personen durch ein solches Benehmen geäußigt würden. Das Berufungsgericht schied den groben Unfug aus und änderte das Urtheil auf 30 M. Geldstrafe ab.

Der Knusfische Karl Steinert aus Berlin, der, wie seinerzeit gemeldet, in Rom am 9. Juli aus Unvorsichtigkeit hinter der Bühne eine Sängerin erschoss, wurde Montag wegen unfreiwilliger Tödtung zu 20 Monaten Gefängniß und 500 Reich Geldstrafe verurtheilt.

Versammlungen.

Die zentralorganisirten Zimmerer hielten am Mittwoch, den 18. d. M. eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Böhsch über das Zwangsinnungs-Gesetz referirte. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Alsdann gab der Vorstand seinen Bericht. Abgehalten sind sechs Versammlungen mit und sechs Versammlungen ohne Vorträge, außerdem fünf Agitationsversammlungen mit Frauen, in den einzelnen Bezirken wurden auch in diesen Vorträge gehalten. Ferner hat der Vorstand 25 Sitzungen abgehalten. Briefe und Karten sind 582 ausgegangen, sowie eine Depesche. Einem Mitgliede wurden 20 M. bewilligt. Nachdem noch interne Angelegenheiten geregelt und erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die außerordentliche Generalversammlung des Vereins der graphischen Arbeiter (Lithographen, Steindrucker etc.) vom 19. August beschäftigte sich mit der Vortragsrede. Eine solche wurde von Schöpke in eingehender Weise begründet. Es sei notwendig, einen Kampffonds zu sammeln und die obligatorische Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen. Ohne ersterem wäre eine Organisation wertlos, letztere dagegen bietet den Mitgliedern einen wichtigen Halt. Ein tüchtiger Fonds sei auch für die Arbeitgeber eine Warnung vor Bedrückung der Arbeiter, ebenso wachse dadurch die Freudigkeit der Letzteren zur Sache, es gehe also der Kampfescharakter der Gewerkschaften nicht verloren, sondern er werde sogar gefördert. Nach eingehender Diskussion entschied sich schließlich die Mehrheit der Versammlung für einen Wochenbeitrag von 50 Pf. — In die am 29. August stattfindende Brandenburg Provinzialkonferenz wurden Schöpke und Fisch delegirt. — Als 2. Vorsitzenden des Hauptvorstandes wählte die Versammlung Eisen, als Beisitzer in den Filialvorstand Bemmwig. Schließlich wurden noch die Grundsätze bei event. Wiederaufnahme von Streikbrechern besprochen und beschlossen, die „Aranta“ an einem Sonntag im Januar zu belegen.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter wurde am Sonntag, den 21. August, nach einem Vortrag Hoffmann's über den Streik in der Pianofabrik von Pfaff, Landsbergerstr. 109, verhandelt. In dieser Fabrik sind auf eine besondere Art von Fronten Abzüge gemacht worden; die Frontenmacher legten, nachdem die Werkstattkontrollkommission des Vereins hinzugezogen war, die Arbeit nieder. Die Anseiner erklärten sich mit denselben solidarisch, und dank dieses einmüthigen Verhaltens der Anseiner wurden von seiten des Fabrikanten die alten Preisen wieder zugestanden. Ferner ersucht der Vorsitzende die eintretenden Differenzen oder Unregelmäßigkeiten in den Fabriken der Kommission auf dem schnellsten Wege Nachricht zukommen zu lassen und bittet die Kollegen dringend, bei eintretender Arbeitslosigkeit doch mehr den Arbeitsnachweis zu besuchen, damit dies sinnlos und direkt schädigende Nachfragen nach Arbeit in den Fabriken endlich aufhöre.

Nachdem noch ein Antrag, die Werkstattdelegirten zu ermächtigen neue Mitglieder aufzunehmen, angenommen wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 Uhr.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Maurer, Zählstelle 11, fand am Sonntag Vormittag in der Berliner Bodranerstr. statt und war von etwa 1800 Personen besucht. Der Reichstags-Abgeordnete Genosse Auer hielt einen interessanten Vortrag über die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter, wobei er besonders auf die geschichtliche Entwicklung der Maurerorganisation einging.

Nach Auer's Ausführungen fallen die ersten gewerkschaftlichen Aktionen der Berliner Maurer im Sinne der modernen Arbeiterbewegung in die Jahre 1869 und 1871. Damals hatten die Maurer noch vielfach 11—12 Stunden effektive Arbeitszeit; durch Anstands-bewegungen in den beiden Jahren sollte eine zehnstündige Arbeitszeit und ein Tagelohn von 1 Thaler 12^{1/2} Silbergroschen (4,25 M.) errungen werden, und vielfach hatte man auch damit Erfolg. Diese Forderungen der Arbeiter wurden jedoch von den Unternehmern für ungeheuer gehalten, und 1872 — in der Zeit der größten Wohnungsnoth, als vor dem Kottbuser Thor infolge des Mangels an regulären Wohnungen eine improvisirte Bundesstadt entstanden war — wurde von den vereinigten Unternehmern sogar eine regelrechte Arbeiter-Auspeerrung vorgenommen. Wegen der damaligen regen Bau-thätigkeit und der großen Nachfrage nach Arbeitern konnten die Unternehmer jedoch nicht ausweichen, trotzdem die Behörden auch damals schon häufig Partei gegen die Arbeiter nahmen. — Wer die damalige mächtige und energische Bauarbeiter-Bewegung gekannt hat, für den ist es schwer verständlich, wie der spätere Rückschlag hat eintreten können. Es macht einen sehr traurigen Eindruck, wenn mit jeder neuen Bau-saison Versammlungen mit der Tagesordnung angekündigt werden müssen: „Wie stellen wir uns zur diesjährigen Lohnbewegung?“ — wobei es in der Regel darauf hinauskommt, daß, was in früheren Jahren bereits errungen war, aufs neue zu erringen. Wenn die Unternehmer immer und immer wieder versuchen, von den längst eingeführten Tarifen und Arbeitsbedingungen zu ungunsten der Arbeiter etwas abzuwaschen, so liegt dies nicht immer nur am bösen Willen, sondern ist oft durch den Druck der Konkurrenz verursacht. Die Unternehmer würden jedoch diese Versuche ausgeben, wenn die Bauarbeiter-Organisationen in ihrem Mitgliederbestand gestärkt werden und wenn nicht viele Bauarbeiter nur zur Zeit von Lohnbewegungen die Organisation aufsuchen würden, um sie mit deren Ende sofort wieder zu verlassen. — Auch die niemals endenden Verhandlungen über die Organisationsform sollten endlich aufgegeben werden. Wir haben heute wichtigeres zu thun. Die Periode der sozialen Reformen scheint vorbei zu sein; wir leben im Reich der Herrschaft von Stumm, der unsere Arbeiterbevölkerung unter ein etwas modernisiertes feudales Herrschaftsverhältnis der Unternehmer zwingen will; Vereins- und Versammlungsrecht sollen unbedingt beschränkt werden; Ausbeutungskünste durch die Unternehmer, willkürliche Auslegung der Gesetze, unredliche Eingriffe der Polizei sind an der Tagesordnung. Da sollen unsere deutschen Arbeiter doppelt fest zusammenhalten und sagen: Nun erst recht: Einer für Alle und Alle für Einen! Ein Arbeiter, der das nicht einseht und danach handelt, veründigt sich an seiner Klasse und kann sich nicht wundern, wenn es ihm schlecht geht. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion macht Silberschmidt darauf aufmerksam, daß es jetzt doch nicht mehr so schlecht mit der Maurer-Organisation stehe, wie noch vor wenigen Jahren, und er hoffe bestimmt, daß die jetzige starke Bewegung nicht wieder im Sande verlaufen werde, wie es nach dem Ausschussung der Jahre 1885, 1889 geschehen sei. Im laufenden Jahre hat die Maurerorganisation in etwa 80 Orten Verbesserungen erringt und für Streikunterstützung sind ca. 800 000 M. aufgebracht worden. Es sei in diesem Jahre mehr geleistet worden, als 1886—1889, in welchen Jahren ebenfalls

ein Ausschussung stattfand, zusammengekommen. Trotzdem entsprechende allerdings die Zahl der Organisirten noch lange nicht der Zahl der vorhandenen Maurer und es sei deswegen noch ein ernstes Stück Arbeit zu leisten.

Sodann wird noch beschlossen, eine Zellerfassung für die Familie eines unschuldig verurtheilten Kollegen vorzunehmen und die Versammlung mit einem Hoch auf die Maurerbewegung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Leder- und Galanterie-Arbeiter tagte am Montag im Lokal von Rautenberg, Oranienstraße, die sich mit den Organisationsverhältnissen in dieser Branche beschäftigte. Aus den einleitenden Ausführungen von Feinle war zu entnehmen, daß die Leder- und Galanterie-Arbeiter sich zum großen Theil von der Organisation fernhalten oder von derselben zurückziehen. Die von der Organisation einkaufenden Branchen-Verammlungen, die beim Anschluß an den Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gefordert wurden, waren so häufig besetzt, daß dieselben ausgegeben werden mußten. Als Ursache der Theilnahmlosigkeit an den Organisationsbestrebungen wird der hohe Beitrag, den der Verband erhebt, bezeichnet und deshalb die Herabsetzung des Beitrages von 35 auf 25 Pf. pro Woche allgemein gefordert. Der Redner, der die Interessenlosigkeit seiner Kollegen, durch welche auch die Errungenschaften der vorjährigen Lohnbewegung gefährdet sind, einer Kritik unterzog, wünscht, daß seitens des Verbandsvorstandes Konzessionen gemacht und die Beiträge in der angeführten Weise ermäßigt werden und demnach die Gründung einer Sonderorganisation, die auch von Angehörigen anderer Branchen verschiedentlich als notwendig erachtet wird, unterbleiben kann. Der Verbandsvorsitzende Dietrich-Stuttgart erörtert in längeren Ausführungen die Vortheile der Zentralisation, durch welche die Lederarbeiter und andere Branchen in mehreren Städten im vorigen Jahre die Erfolge erzielten und wendet sich gegen die Herabsetzung der Beiträge von 35 auf 25 Pf., indem diese Erniedrigung vom letzten Verbandstag mit großer Majorität abgelehnt worden ist und eine bedeutende Minder-einnahme für den Verband bedeuten würde. Die Erhebung der Extrabeiträge während der Lohnbewegungen veranlaßte die Festsetzung des Beitrages in dieser Höhe, um damit den Verband in jeder Beziehung aktionsfähig zu erhalten und die Lohnkämpfe, die auch in diesem Jahre an mehreren Orten eintreten werden, genügend unterstützen zu können. Der Redner verweist sodann auf die Nachteile, welche die Gründung einer Lokalorganisation für die beteiligten Arbeiter nach sich ziehen würde und giebt der Meinung Ausdruck, daß eine erhebliche Mitgliederzahl sich wohl auch nicht finden dürfte, sondern nur eine Zersplitterung durch die Abwanderung, und zwar zur Freude der Unternehmer, herbeigeführt wird. Wenn auch der Verbandsvorstand sich nicht für eine Herabsetzung des Beitrages auf 25 Pf. im Interesse des Verbandes erklären könne, so würde er aber geneigt sein, den Verhältnissen der Berliner Kollegen Rechnung zu tragen, eine Urabstimmung vorzunehmen und die Herabsetzung auf 30 Pf. bei den Mitgliedern befürworten. Nachdem der Redner im weiteren die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses aller Branchen im Verband betont hatte, forderte er die Versammelten zur regen Agitation für denselben auf. An der weiteren Diskussion, in der auch das Mitathed des Ausschusses Hardey-Gannover sich für eine Urabstimmung zur Regelung der Beiträge im Sinne des Vordrängers aussprach und die Gründung einer Sonderorganisation bekämpfte, beteiligten sich Hahn, Bräuner und Wunsched. Von allen Rednern wurde eine Urabstimmung gutgeheißen und von einer Neugründung abgethan. Dem Vorschlag, eine Urabstimmung vorzunehmen, wird zugestimmt und — da die Leiter versprechen, ihren Einfluß auszuüben, um die Herabsetzung der Beiträge herbeizuführen — verpflichtet sich die Anwesenden, dem Verbands treu zu bleiben. Hieraus hielt Genosse A. Hoffmann einen interessanten Vortrag über „Der Kampf ums Dasein“, der von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am 8. September stattfindet.

Eine Versammlung der Gärtler und Drücker tagte am Montag in Cohn's Saal. Der Referent Litzin betonte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Branche und betonte, daß es an der Zeit sei, eine Aufbesserung der oft recht elenden Löhne herbeizuführen. Das Interesse für die Organisation und die Bestrebungen der Arbeiter, welches leider bei den Gärtlern und Drückern sehr lau sei, müsse jetzt geweckt werden, damit es gelinge, in der bevorstehenden Saison wenigstens gegen die am schlechtesten zahlenden Werkstellen vorzugehen. Wenn diejenigen Unternehmer, welche die elendesten Löhne zahlen, nicht bald zu einer entsprechenden Aufbesserung gezwungen werden, so würden sich die besser zahlenden Geschäftsinhaber aus Konkurrenzrücksichten zu einer Lohnherabsetzung genöthigt sein. Um dieser Gefahr vorzubeugen, müsse noch in diesem Jahre eine Lohnbewegung durchgeführt werden, und soll zu diesem Zweck in nächster Zeit eine energische Agitation entfaltet werden. Verschiedene Diskussionsredner sprachen sich in gleichem Sinne aus und illustrierten die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse an zahlreichen Beispielen. Nachdem Rohardt, der bisherige Vertrauensmann der Drücker, seinen Rechenschaftsbericht erstattet, wurde an seiner Stelle Berendt zum Vertrauensmann gewählt.

In einer Holzarbeiter-Versammlung in Charlottenburg berichtete der Gewerkegerichts-Beisitzer Vogel über seine Thätigkeit. Die Stimmen der Arbeitnehmer seien bei den letzten Wahlen um Hundert (1400 gegen 1500) zurückgegangen, die der Arbeitgeber aber von 76 auf 92 gestiegen. Im Berichtsjahre kamen im ganzen 600 Streitfälle zur Aburtheilung. Hiervon entfielen 50 pCt. auf das Baugewerbe, 4 pCt. auf Fabrikbetriebe und 46 pCt. auf das Handwerk und Kleingewerbe. 76 Klagen wurden zurückgezogen; von den verbleibenden fanden 34 pCt. ihre Erledigung durch Vergleich. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion, wobei bekannt gegeben wurde, daß bei Dörre, Krummstr. 19, ein Aus-tauschbureau errichtet sei.

Kandamenschaff der Schleswig-Holsteiner. Heute abends 8^{1/2} Uhr: Zusammenkunft im Vereinslokal, Brunnenstr. 7. — 9^{1/2} Uhr: Besprechung im Saal, nachmittags 4 Uhr: Gewerkschaftliche Versammlung in der Straße, Brunnenstr. 7.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute Abend 8^{1/2} Uhr, Saalstraße 19: Vortrag des prakt. Naturheilkundigen Herrn Dr. Grundmann über das Herzkreisläufsystem, Gebirg und Verneinung. Zenostr. an großen Schildbuden. Väter, Mütter und Frauen willkommen.

Theater- und Vergnügungsverein „Seigeland“. Heute Abend 9 Uhr, Kottb. 144: Sitzung.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Leipzig, 24. August. (Privatdepesche des „Vorw.“) Eine von 2500 Personen besuchte Versammlung sollte zum Maurerstreik Stellung nehmen. Als der Reichstags-Abgeordnete Schönkaut erklärte, daß mit dem sächsischen Vereinsgesetz unliebsame Regungen niedergehalten werden, entzog ihm der überwachende Beamte das Wort und löste infolge stürmischer Weisung die Versammlung auf.

Berlin, 24. August. (Berl. Corr.) Zur Vereinfachung der durch die Hochwasserkatastrophen des vorigen Monats in den Provinzen Sachsen und Brandenburg herbeigeführten unangenehmen Verhältnisse bedarf es außerordentlicher Arbeitskräfte, deren Beschaffung auf Schwierigkeiten stößt. Mit Rücksicht hierauf hat der Minister des Innern beschlossen, zu den erforderlichen Arbeiten aus den zu seinem Ressort gehörigen, in den vorbestimmten Provinzen und auch in der Provinz Posen belegenen Strafanstalten und Gefängnissen unter Wahrung der nöthigen Sicherheitsvorkehrungen zur Verfügung zu stellen. Die Abgabe soll auf Antrag an Gemeinden und andere Korporationen, sowie an Private erfolgen.

Paris, 24. August. (W. L. B.) Baron Madan hat gegen das Urtheil des Justizpolizeigerichts die Nichtigkeitbeschwerde erhoben.

Internationaler Kongress für Arbeiterschutz.

Zürich, den 23. August 1897.

Heute Vormittag um 9 Uhr trat der Kongress zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei der Eröffnung füllte sich der prächtige Saal der „Tonhalle“ nur etwa zur Hälfte. Eine große Anzahl Delegierter wird erst in den Nachmittagsstunden eintreffen. Erschienen sind, wie der Generalsekretär des Kongresses, Orestlich, später mittheilte, 386 Delegierte und 163 Gäste. Die Galerien des Saales sind von zahlreichen Zuhörern besetzt.

Der Präsident des Organisationskomitees, Kantonsrath Heinrich Scherrer aus St. Gallen, eröffnet die Verhandlungen mit folgender Ansprache: Hochgeehrte Versammlung! Es ist mir die Ehre zu theil geworden, diesen Kongress zu eröffnen. Dem Zufalle, nicht einem persönlichen Verdienste habe ich dies zu verdanken. So heiße ich Sie denn, meine Herren, namens des Organisationskomitees hier in Zürich, als dem Mittelpunkt schweizerischer Arbeit und schweizerischen Verkehrslebens willkommen. Seien Sie willkommen, als die besten Vertreter der großen Idee des international organisierten Arbeiterschutzes. Besonders begrüße ich die offiziellen Vertreter, die von den Arbeitsämtern Frankreichs, Belgiens, vom schweizerischen Industrie- und Handelsministerium sowie von einer Reihe von Kantonsregierungen der Schweiz entsandt worden sind. Das rege Interesse, das diese Regierungen dem Kongress zollen, ist uns eine wertvolle Bürgschaft dafür, daß sie den Gedanken einer internationalen Einigung auf dem Gebiete der industriellen Produktion nicht aus dem Auge lassen wollen. Ich begrüße die hervorragenden Männer der Politik und der Presse, und die Fachgelehrten und die Beamten des Arbeiterschutzes, die uns Führer sein werden in dem schwierigen Gelände, das wir zu betreten haben.

Und endlich vor allem begrüße ich die Vertreter des arbeitenden Volkes. Sie sind herbeigekommen aus allen Staaten und aus allen Parteien, um aus der eigenen Erfahrung heraus und durch die Wucht der Massenwirkung die Größe des Bedürfnisses nach einer völkerverständlichen Ordnung des Arbeiterschutzes zu demonstrieren.

Durch das Wachstum von Handel und Verkehr haben sich die Rechtsverhältnisse der Völker zu einander verändert, die Veräherung der Kulturstaaten ist vielseitiger und uniger geworden. Den Freundschafts- und Niederlassungsverträgen sind die Handelsverträge gefolgt; es scheint natürlich, daß sich ihnen die Industrieverträge anschließen. Schon bestehen Vereinbarungen der Staaten in Bezug auf Leben und Gesundheit der Staatsangehörigen, das internationale Sanitätswesen mit seinen Quarantänemaßregeln, seinen Kontumaz- und Desinfektionsanstalten; Vereinbarungen mit Bezug auf die Landwirtschaft insbesondere der Weinbau und die Viehzucht; über das Gewerwesen, namentlich der Betrieb der Fischerei, in Bezug auf den Postverkehr, das Telegraphen- und Eisenbahnwesen, über das Autorrecht in Kunst und Wissenschaft; Vereinbarungen über das internationale Privatrecht und die internationale Rechtshilfe. Schon spricht man ernstlich von einem internationalen Transportrecht, einem internationalen Handels- und Wechselrecht; hunderte von Verhältnissen harrten noch der Ordnung von Staat zu Staat und da sollte es unthunlich sein, gewisse Verhältnisse der wilden Güterproduktion, unter deren Druck alle gleichmäßig leiden, zur allgemeinen Verdrängung zu regeln? (Sehr richtig!)

Wir verkennen nicht die enormen Hindernisse, die sich der Ausführung entgegenstellen: die Verschiedenheit der Kultur, der Gesetzgebung, der Staatseinrichtungen, der Produktionsbedingungen und der industriellen Entwicklung. Unverkennbar stehen wir aber vor einem großen Wendepunkt der Geschichte. Die Erde ist erobert und getheilt. Die Kolonialgebiete machen sich wirtschaftlich selbständig und während die Produktionsmittel immer leistungsfähiger werden, fängt der Waarenabfluß an zu stocken; der Weltmarkt scheint sich verengen zu wollen, und jedes größere Staatswesen sucht sich durch Zölle wieder den eigenen Markt zu sichern. Wir glauben, daß der mächtige Strom der natürlichen Entwicklung dieser ökonomischen Welt unseren Bestrebungen fördernd zu Hilfe komme. Das Bedürfnis nach einer gewissen Organisation der Produktion wird immer stärker hervortreten und dem fortschreitenden Ausgleich der Zukunft muß eine Verständigung der Staaten folgen, die zum ersten Ziele die Befestigung der krassesten Uebelstände nimmt, etwa das, was wir internationale Fabrik-Gesetzgebung nennen. Der Fortschritt wird freilich auch hier nicht im Produkt des freien Willens der Regierenden, sondern das Resultat der zwingenden Noth sein.

Was Arbeiter, Sozialpolitiker und Hygieniker, was der Bundesrath der Schweiz in wiederholten Ansätzen erlitten haben, das soll von unserem Kongresse in Form einer internationalen Verständigung der interessierten Kreise auf festem Grunde aufgebaut werden.

Eine Schwierigkeit mag vielleicht die Zusammenfassung des Kongresses aus verschiedenen sozialen Richtungen verursachen. Die von den Referenten gemeinsam mit dem Organisationskomitee vorgeschlagenen Resolutionen haben eine Vermittlung zwischen diesen Gegenständen versucht. Sie zeigen große, bedeutende Ziele, wie die Linke unseres Parlamentes sie wünscht, aber sie weisen auch — wohl im Sinne unserer Rechte — überall auf den langen beschwerlichen Weg bis zu ihrer Verwirklichung hin.

Wir haben nicht ein internationales Uebereinkommen zu be raten, das morgen von den Vertretern der Mächte unterschrieben wird, wir haben die Frage des internationalen Arbeiterschutzes und der Industrieverträge in ihrer ganzen Ausdehnung zu untersuchen. Das im Momente praktisch durchführbar ist, das zeigt die Forderung eines internationalen Amtes für Arbeiterschutz. Wollten wir aber nur die erreichbaren Forderungen des Augenblicks aufstellen, dann hieße das die Fundamente ohne einen Bauplan legen, hieße es, die Frage selbst aufgeben. Der Gegenstand des Kongresses ist keine Parteifrage, der Kongress darum kein Parteikongress. Alle sind eingeladen, die die Nothwendigkeit des internationalen Arbeiterschutzes anerkennen, alle die eines guten Willens sind. Der schweizerische Arbeitertag, der den Arbeiterbund repräsentiert und das Arbeiterssekretariat wählt, gab das Vorbild. Auch er ist ein Parlament, in dem die Vertreter der verschiedensten Parteirichtungen friedlich über Arbeiterfragen berathen. Wo es sich nicht bloß um die Aufstellung politischer oder sozialer Theorien handelt, sondern der Grundriss entworfen, die erste Hand angelegt werden soll zur Verwirklichung eines großen Wertes, da ziemt sich gemeinsame Arbeit. Der geschlossene Vornarrsch der sozialen und politischen Gegenstände zeigt am klarsten das allgemeine Bedürfnis nach einer Lösung und läßt deshalb auch den stärksten Einfluß auf die Regierungen. Die Frage des internationalen Arbeiterschutzes als Parteifrage behandeln, hieße mit dem Beginn der Ausführung warten zu wollen, bis die betreffende Partei an die Staatsgewalt gelangt wäre.

Die Hauptvoraussetzung des internationalen Arbeiterschutzes ist die Weiterentwicklung des nationalen Arbeiterschutzes. Wir schädigten unsere Ziele schwer, wenn wir mit den heimlichen Gegnern allen Arbeiterschutzes sagen wollten, daß nur durch internationale Vereinbarungen der Boden geschaffen werde, auf dem eine Fortbildung des nationalen Arbeiterschutzes möglich sei.

Es ist nicht wahr, wenn verdeckt und offen behauptet worden ist, die Schweiz befände sich mit ihrem scharfen Fabrikgesetz in einer Nothlage; es schädige ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und darum eben trete sie für eine internationale Fabrik-Gesetzgebung ein, um das Joch, das sie bedrücke, auch andere um den Hals zu legen und die Gleichheit der Produktionsbedingungen

wieder herzustellen. Keiner unserer Anhänger des internationalen Arbeiterschutzes hat so gedacht. Das Schweizer Volk betrachtet das Fabrikgesetz heute als eine der schönsten Proben seiner Bundesgesetzgebung; auch bei den Unternehmern hat es sich, nachdem es längst zur allgemeinen Durchföhrung gelangt ist, eingelebt. Eine starke Strömung für eine umfassende Weiterbildung des Gesetzes ist vorhanden, und sie wird in einem wesentlich erweiterten Fabrikgesetz Ausdruck finden, wohl bevor wir internationale Arbeiterschutzes-Verträge haben. Das vermag die Schweiz, die ein Industrieland ist, trotz der Ungunst ihrer geographischen Lage und des Mangels an eigenen Rohstoffen, weil sie einsehen gelernt hat, daß die Konkurrenzfähigkeit eines Landes von gar vielen Bedingungen abhängig ist und sie Arbeiterschutzes-Gesetze nicht beeinträchtigen. Um wieviel eher vermögen es die großen Industrieländer!

Nachdem der Redner sodann die Wahl des vorgeschlagenen Bureaus und die Annahme der fertigen Geschäftsordnung empfohlen hat, erklärt er den Kongress für eröffnet. (Lebhafte Beifall.)

Zur Frage der Bureauwahl ergreift hierauf Lieblincht das Wort: Wir haben gestern in unserer Vorversammlung einstimmig den Beschluß gefaßt, das Bureau, wie es das Organisationskomitee vorgeschlagen hat, en bloc anzunehmen, um zeitraubende Debatten zu vermeiden. Wir verlassen damit die Gewohnheit früherer internationaler Kongresse, auf denen, um nationale Vorurtheile und Empfindlichkeiten zu schonen, aus jeder Nation ein Ehrenpräsident gewählt wurde. Die Erfahrung hat gelehrt — und gerade wir haben ja große Erfahrung auf diesem Gebiete — daß diese Einrichtung sich auf dem Papier zwar sehr schön macht, in der Wirklichkeit sich aber nicht bewährt. Das Präsidium muß in festen Händen bleiben. Unser Vorschlag ist derartig, daß ihn jeder, der den ruhigen und geordneten Verlauf des Kongresses will, annehmen kann. Ich bitte die Versammlung, den Vorschlag durch Akklamation anzunehmen. (Beifall.)

Es erhebt sich kein Widerspruch, die Geschäftsordnung wird bestätigt und folgendes Präsidium gilt als gewählt:

- Vorsitzender: Kantonsrath Heinrich Scherrer aus St. Gallen.
Vizepräsidenten: Nationalrath C. Decurtins (Zürich) und Nationalrath Th. Soudet (Bern).
Generalsekretär: Arbeitersekretär Hermann Orestlich (Zürich).
Sekretäre und Uebersetzer: A. Blum, Zürich; Paul Brandt, St. Gallen; Prof. Jean Bruhin, Freiburg; L. Pörrli, Lausanne; G. Muggli, Zürich; G. Reimann, Biel; Feinr. Schen, Zürich und Jean Sigg, Genf.
Hilfssekretäre: A. Mors, Zürich und A. Merk, Zürich.

Nach einem kurzen Danke Scherrers für das Vertrauen, das dem Bureau geschenkt wurde, wird sofort in den ersten Punkt der Tagesordnung:

Die Sonntagsarbeit

Das Referat hält Prof. Dr. Jos. Bed von der katholischen Universität in Freiburg (Schweiz): Das Resultat, das die internationale Arbeiterschutzes-Konferenz (vom 10. bis 29. März 1890 in Berlin) in Sachen der Sonntagsruhe erzielt hat, war durchaus ungenügend, die Frage der Sonntagsruhe blieb auf die gewerblichen Anlagen beschränkt: weder der Pabel, noch die Verkehrsanstalten, noch der Bergbau, noch das Handwerk sollte durch die Beschlüsse berührt werden. Sodann ist die für die Festsetzung der Ausnahmen nach gleichartigen Gesichtspunkten geforderte Verständigung zwischen den auf der Konferenz vertretenen Staaten seither in keiner Weise erfolgt. Die von den Fremden der Sonntagsruhe auf die Berliner Konferenz gebrachten Forderungen sind daher gescheitert. Wohl haben seitdem einzelne Staaten, so Deutschland, die Schweiz, ruessien auch Rußland, auf dem Gebiete des gesetzlichen Sonntagschutzes nennenswerte Fortschritte erzielt, aber internationale wirksame Schritte wurden nicht gethan. Es ist daher an der Zeit, daß die hier erschienenen Delegirten der Arbeiterorganisationen die möglichste Ausdehnung der Sonntagsruhe für alle Gruppen der Lohnarbeit auf grund internationaler Gesetzgebung ins Auge fassen und die Beschlüsse in ihren Ländern zur Durchführung zu bringen trachten.

Um die Nothwendigkeit einer internationalen Lösung der Sonntagsfrage nachzuweisen, giebt Redner ein eingehende Uebersicht über die vielfältigste Sonntagsgesetzgebung in den einzelnen Staaten.

Aus ihr geht hervor, daß in den allermeisten Staaten der gesetzliche Schutz gegen Sonntagsarbeit durchaus ungenügend ist. Redner unterbreitet dem Kongress folgenden Antrag: „Der internationale Kongress für Arbeiterschutz in Zürich erklärt als zu erstrebende Zielpunkte:

- 1. Daß das Verbot der Sonntagsarbeit nach Möglichkeit und unter wirksamen Strafbestimmungen auf alle Arten der Lohnarbeit ausgedehnt werde, also sich erstrecke auf die Arbeit in der Industrie, im Bergbau, im Handwerk, in den Verkehrsanstalten (Eisenbahn, Post, Telegraphen- und Telephonwesen), im Schaupgewerbe, im Groß- und Kleinhandel.
2. Daß Ausnahmen im Gewerwesen nur gestattet werden dürfen für Betriebe, die ihrer Natur nach kontinuierlich sind und für solche Fälle, wo sie nicht die Bestimmung haben, einen durch Sonntagsruhe bedingten Produktionsausfall zu decken, sondern wo sie einzig bezwecken, die Wiederaufnahme des vollen Betriebes am Montag zu sichern.
3. Daß die Ausnahmen vom Verbot nicht durch die diskretionäre Willkür von Behörden und Beamten auf grund vager Andeutungen im Besche bestimmt, sondern soweit es irgend geschehen kann, im Wortlaute des Gesetzes selber genau präzisirt und umschrieben werden sollen.
4. Daß der Grundsatz, den ausnahmsweise am Sonntag zu beschäftigenden Arbeitern wenigstens jeden zweiten Sonntag frei zu geben und für den ausfallenden Frei-Sonntag einen Ruhetag unter der Woche zu substituiren, einheitlich auf allen Arbeitsgebieten durchgeführt werde.
5. Daß eine eigentliche Verpflichtung zur Sonn- und Festtagsarbeit seitens der Betriebsinhaber den Arbeitern gegenüber auf keinen Fall geltend gemacht werden dürfe und daß vertragliche Abmachungen dieser Art für den Arbeiter rechtlich unverbindlich seien.

Zur Begründung dieser Forderungen, die international erhoben werden müßten, weil die unbedingte Furcht vor der Konkurrenzunfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt in dem Gedankenkreise der Staatsmänner noch immer eine große Rolle spielt, weist Redner darauf hin, daß der Sonntagschutz das erste, vitalste Postulat der internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung sei. Der gesetzliche Schutz des Arbeiters auf diesem Gebiete sei der Angelpunkt der staatlichen Sozialreform. Die Sonntagsfrage sei für die Wohlfahrt des Einzelarbeiters wie für das Gedeihen der menschlichen Gesellschaft eine Lebensfrage. Redner erinnert an den Nachweis der Hygieniker, daß die Sonntagsarbeit die Lebensdauer des Menschen abkürzt. Die Sonntagsruhe ist eine unabwiesbare Forderung der körperlichen Gesundheit, das haben zahlreiche hygienische Kongresse anerkannt. Die moderne Sonntagsarbeit ist nicht anders, als ein Attentat des kapitalistischen Eigennutzes auf die menschliche Natur, ein auf Kosten des Menschenlebens sich vollziehender Mord, eine Raubwirtschaft, deren Gegenstand der Mensch, mit einem Worte, ein fortgesetzter, langsam aber sicher wachsender Giftmord am besten, würdevollsten Theil der Gesellschaft. (Lebhafte Beifall.) Es ist nicht mehr zu früh, daß wir als internationale Versammlung von Arbeitervertretern erklären: Wir dulden nicht ferner, daß dem Arbeiter sein Sonntag geraubt und durch die Sonntagsarbeit sein bestes Naturgut, seine Gesundheit und Lebenskraft zerstört werde. (Lebhafte Beifall.) Redner bespricht sodann die Wirkung der Sonntagsarbeit auf die geistige Ausbildung und die religiöse Freiheit des Arbeiters. Wenn sich der Lohnherr zwischen den christlichen Arbeiter und das

zweite Gebot stellt, dann vergewaltigt er das christliche Gewissen und vergreift sich in ruchloser Weise an der religiösen Freiheit der Arbeiter. (Beifall.) Wir sind als überzeugte Demokraten entscheidene Anhänger des allgemeinen Stimmrechtes. Nun aber fordert der vernünftige Gebrauch politischer Rechte auch eine politische Schulung und eine politische Organisation. Nur wenn am Sonntag die Handarbeit ruht, kann der Staatsbürger über Wohl und Wehe des Staates und Volkes nachdenken und sich unterrichten. Die Sonntagsarbeit ist ein direktes Attentat auf die politische Freiheit des Arbeiters. (Bravo.)

Man wird in neuester Zeit von verschiedenen Seiten nicht müde, dem Sozialismus vorzuwerfen, er zerstöre die Familie. Darauf haben Marx, Kautsky u. a. mit guten Gründen geantwortet: Wer die Familie zerstört, vor unseren Augen thätlich seit Jahrzehnten zerstört, das sind nicht die Sozialdemokraten, sondern die Kapitalisten. (Bravo.)

Die Abschaffung der Frauenarbeit am Sonntag ist besonders dringend geboten, außerdem aber die Freigebung des Sonnabendnachmittags für die Arbeiterinnen.

Redner faßt seine Ausführungen in folgenden vier Thesen zusammen:

I. Die Beschlüsse der Berliner Konferenz von 1890 zur Regelung der Sonntagsarbeit waren in sich ungenügend und in der Ausführung ohne irgend welchen praktischen Erfolg.

II. Der Stand der Gesetzgebung in den einzelnen Kulturländern auf dem Gebiete der Sonntagsruhe ist ein höchst verschiedener; in den meisten Ländern ist der gesetzliche Sonntagschutz entweder gar nicht vorhanden oder nur auf gewisse Kategorien von Lohnarbeitern beschränkt, so zwar, daß die thätlichen Fährnisse in den meisten Staaten im höchsten Grade traurige sind.

III. Die Arbeiterchaft muß die Durchführung einer möglichst umfassenden Sonntagsgesetzgebung in allen Staaten entschieden verlangen, weil die Sonntagsarbeit die körperliche Gesundheit und Lebenskraft zerstört, die soziale Gerechtigkeit und Gleichheit verletzt, der Arbeiterklasse ihren Antheil an den Reichtümern entzieht und der Gewissensfreiheit widerspricht; und weil die Sonntagsarbeit den Nationen durch die Verelendung ganzer Volksmassen die Lebensfähigkeit raubt, die Preiswürdigkeit ihrer Arbeitsprodukte auf dem Weltmarkt schädigt, durch Vergewaltigung der in Gewerbe, Handel und Verkehrsanstalten Arbeitenden das Volksleben vergiftet und der politischen Schulung und Organisation der Arbeiterchaft schwere Hindernisse bereitet.

IV. Die besonders dringende Nothwendigkeit der vollen und ganzen Sonntagsruhe für die Arbeiterinnen mit Rücksicht auf das persönliche Wohl und auf das Familienleben bedingt die Forderung, daß den Arbeiterinnen in Gewerbe, Handel und Verkehrsanstalten der Sonnabendnachmittag ohne Lohnabzug zur Versorgung der Hausgeschäfte durch Gesetz freigegeben werde.

Redner schließt mit der Aufforderung zu energischem Vorgehen gegen die Sonntagsarbeit. Mit ihrer Befestigung wird der Sonntag erst wahrhaft wieder ein Sonntag werden. Und mit dem Sonntagsfrieden, der über gesunde, geistesarthige und lebensfrohe Menschen geblüht ist, wird das Morgenroth der wahren Völkerefreiheit über Länder und Meere ausstrahlen. (Stürmischer Beifall.)

Vorur in der Verhandlung fortgesetzt wird, erhält das Wort zu einem Antrage außerhalb der Tagesordnung Dr. Victor Adler (Wien). Werthe Versammlung, wir sind hier versammelt, um für gesetzlichen Arbeiterschutz einzutreten. Vertreter der verschiedenen politischen und sozialen Richtungen sind hier, wie schon der Präsident in seiner Eröffnungsrede hervorgehoben hat, gewillt, alle Mittel anzuwenden, um der Arbeiterklasse gesetzlichen Arbeiterschutz zu verschaffen. Aber wir wollen nicht verschweigen, daß wir gekommen sind, nicht erst darauf zu warten, bis der gesetzliche Arbeiterschutz überall möglich und durchgeführt ist. Wir wünschen nicht, daß der Gedanke entsteht, wir meinen, bloß durch die Parlamente lasse sich der Arbeiterschutz erreichen. Der wichtigste Vorläufer für den Arbeiterschutz, der einzige, der wirklich etwas durchgeföhrt hat, das ist die Arbeiterchaft selbst, die kämpfende, mit Bewußtsein des Zieles kämpfende Arbeiterchaft! (Bravo!) Aus diesem Grunde glauben wir, daß die Herren aller Parteien mit uns übereinstimmen, wenn wir den Kämpfern im mächtigsten Kampfe um den Achtstundentag, wenn wir den englischen Maschinenbauern Glück und Erfolg wünschen. (Lebhafte Beifall.) Es ist ein Kampf, der 60—80 000 Arbeiter umfaßt und geführt wird gegen die mächtigste Ausbeuterklasse Europas. Indem wir den kämpfenden Arbeiterorganisationen Erfolg wünschen, dienen wir nur unserm Programm. Denn so wichtig dieser Kongress für den internationalen Arbeiterschutz ist, und ich bin der letzte es zu bezweifeln, ein Sieg der englischen Maschinenbauer im Kampfe um den Achtstundentag würde bedeutend mehr für den Arbeiterschutz bedeuten, als dieser Kongress. (Lebhafte Beifall.) Ich schlage Ihnen folgende Resolution vor:

„Der Internationale Kongress für Arbeiterschutz hält es für seine Pflicht, am Beginn seiner Thätigkeit des gewaltigen Kampfes zu gedenken, den die Maschinenbauer Englands in diesem Augenblicke für die wichtigste Forderung des Arbeiterschutzes, den Achtstundentag, führen. Der Kongress wünscht den Vorkämpfern baldigen vollen Sieg!

Stürmischer Beifall folgte dieser Rede. Das Wort wurde nicht weiter verlangt und die Resolution gegen 2 (ultramontane) Stimmen bei einigen Stimmenthaltungungen angenommen.

Das Wort erhielt hierauf der Korreferent, Redakteur Brandt, aus St. Gallen. Er beschränkt sich auf einige kurze Bemerkungen. Die Sonntagsruhe halte er nicht, wie der Referent, für den Angelpunkt des Arbeiterschutzes, sondern ihm sei die Reduktion der täglichen Arbeitszeit das, was dem Referenten die Sonntagsruhe ist. Durch die Forderung nach internationaler Regelung der Sonntagsruhe darf der Kampf um die nationale Sonntagsruhe nicht zurückgestellt werden. Wir lassen uns nicht verdrösten. Für uns sind die Motive für die Forderung der Sonntagsruhe nicht dieselben wie für den Referenten und seine Glaubens- und Gesinnungsgenossen. Wir sind für den gemeinsamen wöchentlichen Ruhetag. Der Sklave der Arbeit soll einen Tag wöchentlich in Gemeinschaft mit seiner Familie, seinem Beruf- und Gesinnungsgenossen verleben. Nachdem er sechs Tage lang Arbeitsthiere war, soll er sich einmal in der Woche als Mensch fühlen. (Bravo!) Deshalb betonen wir, daß wir uns nicht begnügen mit einem bloßen Sabbat, mit einem Ruhetag für das Arbeitsthiere, sondern daß wir fordern einen Sonntag, d. h. einen Freudentag für den Menschen. Alle öffentlichen Museen, Sammlungen und Bibliotheken sollen am Sonntag dem Volke offen stehen. (Bravo.) Der Staat soll dafür sorgen, daß den Massen Räume zur Verfügung stehen, wo sie finden, was des Menschen Kopf und Herz bedarf. Ich denke an öffentliche Konzerte, Vorstellungen, öffentliche Festsäle. Auch der Eingang der Thesen muß geändert werden. Der Berliner Kongress wählte die Form der Einleitung seiner Vorschläge: „Es ist wünschenswert“. Wenn Wünschenswert ist es denn auch geblieben. Auch die zu erstrebenden Zielpunkte des Referenten klingen zu platonisch; es sollte heißen: „Der Kongress erkennt die Pflicht des Staates an, folgende Forderungen der Arbeiter zu erfüllen“. (Lebhafte Beifall.)

Nach einer kurzen Pause werden die Verhandlungen fortgesetzt. Das Wort nimmt der bekannte konservative Sozialpolitiker Dr. Rudolf Meyer (Prag). Vor 30, 40 Jahren beteiligten sich an den Bestrebungen soziale Reformen herbeizuföhren auch konservative Elemente. Damals waren für sie religiöse, menschenfreundliche und staatsmännische Gesichtspunkte maßgebend. Seitdem ist das anders geworden. Mächtige Interessen-gruppen haben sich in den Vordergrund geschoben und Interessenkämpfe entschieden. An erster Stelle steht das bewegliche Kapital und zu ihm hat sich ein Theil des immobilien Kapitals ge-

Schlagen. Meine konservativen Freunde haben zum großen Teile die Forderungen der Religion und der Humanität zurücktreten lassen und sich auf dem kapitalistischen Standpunkt gestellt. Sie empfehlen, was sowohl im Interesse des Arbeiters wie in dem des Kapitals liegt. Der Arbeiterkampf liegt nun aber auch im Interesse des Kapitals. Es steht längst fest: die schlechte Behandlung des Arbeiters ist eine geschäftliche Dummheit. (Sehr richtig!) Im Interesse des Kapitals liegt es, eine tüchtige, leistungsfähige Arbeiterschaft zu besitzen. An den Ausführungen des Referenten, die mir sehr sympathisch waren, ist eine Arbeiterklasse unberücksichtigt geblieben, die Klasse der Landarbeiter. Europa hat seit 20 Jahren die heftigste Konkurrenz des Ackerbauers der überseeischen Länder zu bestehen. Ein Dutzend Jahre noch, und es kommt die Konkurrenz der gelben Rasse hinzu. Meine Erfahrungen haben mir gezeigt, daß der amerikanische Landarbeiter den englischen, der englische den deutschen schlägt. Wir können die gelbe Konkurrenz nur bestehen, wenn wir der Masse der Kulturarbeit die bestgeschulten, bestgenährten europäischen Arbeiter entgegenstellen. (Sehr richtig!) Die Sonntagruhe ist ein kirchliches Vermächtnis. Wir wollen den Schutz, den die Kirche dem Arbeiter gewährt, wieder herstellen. Auf die Motive kommt es nicht an, wir können daher mit den Sozialdemokraten Hand in Hand gehen. Der Sonnabend Nachmittag muß frei bleiben; das ist besonders für den Landarbeiter wichtig. Ein Teil seines Lohnes besteht nach der altüberkommenen Arbeitsordnung in dem, was er sich selbst erarbeitet. Hat er nicht den Sonnabend Nachmittag frei, so benützt er den Sonntag dazu. . . .

Nedner muß abbrechen, da seine Redezeit abgelaufen ist. Vorsitzender Scherrer weist darauf hin, daß die Resolution ausdrücklich die Freigabe des Sonnabend Nachmittags fordere. Engelbert Pernerstorfer (Wien) bringt hierauf im Namen der sozialdemokratischen Gruppen folgenden Änderungsantrag zur Resolution des Referenten ein:

Der internationale Kongress für Arbeiterschutz in Zürich fordert 1. Das Verbot der Sonntagsarbeit unter wirksamen Strafbestimmungen für alle Kategorien der Lohnarbeiter und Angestellten.

2. Ausnahmen dürfen nur gestattet werden für die Verrichtung jener Arbeiten, die notwendig sind, um die Wiederherstellung des vollen Betriebes am Montag zu sichern, oder bei denen der Produktionsprozess aus technischen Gründen nicht unterbrochen werden kann, sowie für jene Arbeiten und Beschäftigungen, deren Weiterführung nötig ist, damit das Volk den Sonntag zu seiner Bildung und Erholung benutzen kann. Keinesfalls aber darf die Sonntagsruhe unterbrochen werden unter dem Vorwande, einen Produktionsausfall zu decken.

3. Das Maß der Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit soll nicht durch diskretionäre Willkür von Behörden und Beamten auf grund vager Andeutungen im Gesetze bestimmt, sondern im Vorlaufe des Gesetzes genau bezeichnet werden.

4. Arbeitern und Angestellten, die auf grund der angeführten Ausnahmen am Sonntag beschäftigt werden, ist je der zweite Sonntag freizugeben und es ist ihnen für den ausfallenden freien Sonntag je ein Ersatz-Nachtag in der Woche zu gewähren.

5. Unter Sonntagsruhe und Ersatz-Nachtag ist eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 86 Stunden zu verstehen.

In der Begründung hebt Pernerstorfer hervor, daß Passus 2 seiner Resolution im Interesse der österreichischen Arbeiter liege. Wie haben, sagt er, in Österreich sehr schöne Fabrikgesetze und werden deshalb auch vielfach demüthert. (Weiterkeit.) Die Gesetze seien aber nur sehr selten im Auslande, im Inlande werden sie nicht durchgeführt. Die diskretionäre Willkür der Beamten ist eine österreichische Spezialität, um die uns niemand zu beneiden braucht. (Weiterkeit.) Wir verlangen die Festtagruhe, wobei wir Sozialdemokraten nur den Wunsch haben, daß nicht nur kirchliche Festtage, sondern auch unser erster Mai als Festtag gilt. (Beifall.) Die Sonntagsruhe ist in der Reihe jener Einrichtungen, die wir schaffen wollen, um aus der heutigen Gesellschaft herauszukommen, ein wichtiges Glied. (Beifall.)

Sandgerichtsrath Kulemann (Braunschweig) beantragt, Punkt 5 in der Resolution zu streichen, so wie es in der Resolution Pernerstorfer's bereits geschehen ist. Wenn die Verträge für unveränderlich erklärt werden, die die Sonntagsarbeit vorschreiben, dann ist auch die Sonntagsarbeit in den Betrieben unmöglich, wo sie aus technischen Rücksichten unbedingt erforderlich ist. Die Gegner unserer Thätigkeit, die engherzigen Unternehmungskreise und ihre Presse, würden sofort einen solchen Beschluß herausgreifen, und behaupten, daß wir praktisch unmögliches beschloßen hätten. Damit würden sie unsere ganze Thätigkeit hier verächtlich machen. (Zustimmung.)

Oesterreichischer Reichsraths-Abgeordneter Wieltschawek (Antiz): Ich erlaube mir im allgemeinen mit der Resolution Pernerstorfer einverstanden, der Punkt 5 muß aber bestehen bleiben, denn solche Verträge werden oft gemacht, um die Gesetze zu umgehen. Wir Vertreter der christlich-sozialen Partei wollen aber auch den religiösen Standpunkt wahren. Wir wissen, es glanben noch nicht alle Menschen, daß der Mensch vom Affen abstammt. (Lachen.) Gerade in der sozialen Frage tritt die Humanität heuchelei stark hervor. (Lachen.) Da thut man mit Bajaren groß, wo man sich verbrennen kann. (Weiterkeit.) Es müssen aber präzise gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, um die Sonntagsruhe zu beseitigen. Wir sind für Reformen, die sich auf dem Boden der heutigen Gesellschaft erfüllen lassen. Das Individuum soll nicht beschränkt werden. Es geht nicht, daß man mit Wünschen kommt, daß alles verparlamentarisiert werden soll. (Lachen.) Auch in Zukunft müsse es jedem unbenommen bleiben, einem Ideale nachzujubeln. (Lachen und Beifall.)

Duell, London (Socialdemocratic Federation) bringt eine Gegenresolution ein, die sich gegen den englischen puritanischen Sonntag richtet. Die Zustände in England seien unfaßbar. Der Reiche könne sich Sonntags im Klub vergnügen, der Arme sich aber nicht erholen, er dürfe höchstens den Wausch anschaulen, den man ihm Sonnabends sich anzurücken gestattet habe. (Weiterkeit.) Er fordere eine 86stündige Arbeitsruhe in der Woche, für die große Gruppe der Industrie-Arbeiter könne diese Ruhe am Sonntag eintreten, für die Arbeiter in dem Transport- und Schanzgewerbe in einem anderen Tage der Woche.

Es ist inzwischen 1 Uhr geworden und es entleert die Frage, ob die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen oder in diesem Stadium die Diskussion geschlossen werden sollen. Professor Beck bittet um Schluß der Debatte und erklärt sich unter lebhaftem Beifall mit den Änderungen seiner Anträge durch Pernerstorfer einverstanden. Derselben Standpunkt vertritt Abbe Daens (Belgien).

Die Debatte über den Punkt „Sonntagsarbeit“ wird geschlossen.

Mit großer Mehrheit wird die Resolution Pernerstorfer angenommen. Dagegen stimmen die Engländer, die für die Resolution Duell eintreten.

Der Nachmittag bleibt für die vorbereitenden Sektionsberatungen über den 2. Punkt der Tagesordnung „Kinderarbeit“ frei. Die Plenarverhandlungen werden mit diesem Gegenstande Dienstag früh wieder aufgenommen.

Zürich, 24. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In seiner heutigen Plenarsitzung verliert der Kongress die Frage der Kinderarbeit. Zwischen den sozialdemokratischen und den kirchlichen Delegierten kam es zu überaus lebhaften Debatten über die Frage des Schulzwanges und über die Altersgrenze der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und endlich über den Einfluß der jugendlichen Landarbeiter in die Kinderhubs-Gesetzgebung. Schließlich wurde im Gegensatz zu der vom Organisationskomitee vorgeschlagenen Resolution eine von den radikaleren Vertretern vor-

geschlagene mit 182 gegen 75 Stimmen angenommen. Diefelbe besagt:

Gewerbliche Arbeit von Kindern bis und mit 15 Jahren sei zu untersagen. Bis zu 15 Jahren sei der Schulbesuch obligatorisch. Junge Leute und Lehrlinge von 15-18 Jahren dürften nicht länger als 8 Stunden täglich beschäftigt werden mit einer Pause von 1 1/2 Stunden nach 4 Stunden Arbeitszeit. Die für den Besuch der Fortbildungsschulen erforderliche Zeit sei in dieser Arbeitszeit einzubegreifen. Jungen Leuten und Lehrlingen sei die produktive Arbeit an Sonn- und Feiertagen ohne Ausnahme zu verbieten.

Tokales.

Zur Lokalliste. Am 12. September veranstalteten sechs Berliner Gesangsvereine in der Philharmonie ein Fest und suchten unter den Arbeitern dazu Biletts abzugeben. Da die Philharmonie (sowie das Konzerthaus in der Leipzigerstraße und Kroh's Theater) als Kunstinstitut nur für den persönlichen Verkehr frei ist, Vereine also nicht Veranlassungen dort treffen können, werden die Arbeiter besonders ersucht, solche Biletts zurückzugeben. Die Lokalkommission. J. A.: Dr. Mahle.

Herr Kühnemann hält die Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen in strenger Zucht. Die Verbandsektion besetzte die Firma Gronauer u. Ko. mit einer Konventionstrafe von 1000 M., weil sie es gewagt hat, ohne die Mitwirkung des Verbandes mit ihren streitenden Arbeitern Frieden zu schließen. Eine gleich hohe Strafe wurde einem Fabrikbesitzer Andt zudiktirt, weil er Herrn Gronauer bei dem unbefugten Friedensschluß behilflich gewesen sei. Herr Kühnemann und seine Freunde handeln also auch nach dem Grundsatz: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Während sie in Streitfällen nur mit „ihren“ Arbeitern verhandeln wollen und jede Einmischung einer Lohnkommission oder der Arbeiterorganisation entschieden bis dahin abgelehnt haben, zwingen sie ihre eigenen Klassengenossen, nicht ohne Zututh der Unternehmerorganisation einen Konflikt mit den Arbeitern ihres Betriebes beizulegen. Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. So denken die Kühnemann und so denkt auch die Regierung des Staates der Sozialreform, die die starken Unternehmer in allen Streitfällen mit den Ausgebeuteten vor diesen mit Polizei und Staatsanwalt schützt und selber z. B. durch Beitrittsverbote zum Eisenbahnerverband ängstlich darauf hält, daß auch „ihre“ Arbeiter sich nur ja nicht des ihnen gesetzlich zustehenden Konfliktrechts bedienen. Uebrigens brauchen derartige Konventionstrafen nicht bezahlt werden, wenn die betreffenden Fabrikanten nicht freiwillig blechen wollen. Der § 152 Abs. II der Gewerbeordnung hat da einen Niegel vorgeschoben.

Die Mordthat in der Königsgräberstraße erinnert lebhaft an gewisse Partien aus Dostojewski's berühmtem Roman „Das Idioten“. Hier wie dort fallen einer furchtbaren Mordthat zwei weibliche Wesen zum Opfer, deren Wirken im sozialen Organismus von den meisten Leuten für völlig nutzlos, wenn nicht gar für schädlich gehalten wurde. Auch hier ist diese Hauptperson eine Frau, von der man nichts weiter weiß, als daß sie aus dem sauren Schweiß von hundert ihrer Mitmenschen Schätze zusammenraffte, nur um der krankhaften Lust halber, diese Schätze vor sich aufgehäuft zu sehen. Infolge von Umständen, wie sie nur in der Widerwartigkeit einer von Heuchlern und Thoren immer noch als göttlich angesehenen Weltordnung möglich sind, kommen die beiden weiblichen Sündlinge zu Vermögen, welche selbst unter der Aera des Großkapitalismus als hochrespektabel gelten; und der Gebrauch, den die Verhältnisse von diesem Reichtum machen, wird unter ihrer gierigen Hand zum verächtlichsten Mißbrauch. Sie raffen zusammen ohne verständigen Zweck, ja ohne sich vielleicht in manchen Stücken das zum behaglichen Leben notwendige zu gönnen, und in diese überflüssige Kaffarbeit fallen sie unter den Streichen eines raffiniert handelnden Mörders. Hier ist freilich die Analogie mit Dostojewski's Roman zu Ende; es sei denn, daß auch in diesem Falle die grausige That nur erschrecke, ohne irgend einem Menschen ein Törichtes des Willens zu entlocken. Die weiteren Umstände der furchtbaren Mordthat werden beträchtlich ab von dem meisterhaften Seelengemälde des russischen Schriftstellers. Der mutmaßliche Mörder Goency wird als ein Mann geschilbert, den keinesfalls verzeihungsvolle Noth zur Mordthat trieb. Er soll ein geschickter Arbeiter im modernen Schuhwaarenbetriebe gewesen sein; man berichtet, daß er bei dem hiesigen Filzschuhfabrikanten Schilweg am Dönhofs-Platz 34 mit einem Monatsgehalt von 250 M. als Werkführer angestellt war. Goency hat zweifellos Gepranisse gemacht, welche jedoch größtentheils durch die Vorbereitungen zu dem Morde, sowie durch die hiermit verbundenen späteren erheblichen Reisespesen verbraucht sein dürften. Ob der Raub, den der Mörder im Hause der „Wiss-Schulze“ gemacht hat, von beträchtlichem Werthe ist, steht dahin. Die beiden Opfer des Mordbubens werden als außerordentlich sparsam, ja als geizig bezeichnet. Thatsächlich hatte die Polizei mit der Handwehlerin viel Schwierigkeiten, da Frau Sch. die Ausgaben für Reinigung des Bürgersteiges u. s. w. kiennte, sie erhielt infolge dessen auch vielfach Strafmahnde. Das Einkommen der Schulze war bedeutend. Sie hatte große Summen aus den Zinsen ihrer Häuser aus zahlreichen Hypotheken, ferner aus den Erträgen ihrer Gipsbrüche und bedeutender Wiesenländereien in der Gegend von Posen zu verzehren.

In noch einer Beziehung dürfte ein Unterschied zwischen Dostojewski's Roman und der Berliner Wirklichkeit zu finden sein. Die Erfahrungen, die wir bisher mit der königlich preussischen Polizei gerade in Berlin gemacht haben, sprechen leider nicht dafür, daß sich unter ihr ein Geizt findend wird, das mit dem Aufgebote einer bewundernswürdigen Geisteskraft die That aufzuklären und den Mörder zu entdecken vermöchte.

Ueber die That und deren Begleitumstände wird noch berichtet, daß Goency von Hannover aus am 18. d. M. ein angeblich von Frau Schulze abgelesenes Telegramm an den Verwalter des ebenfalls der Ermordeten gehörigen Hause Prenzlauer Allee 35, den Kohlenhändler Schlechtadest, hat. Die Depesche hat folgenden Inhalt: Ich fahre auf längere Zeit nach Paris, bitte die Rechte an Josef Goency abzuführen. Grüße Sie, Ihre Familie und die Hausbewohner. Auch den Haus-Maurermeister hat G. längere Zeit von dem Grundstück in der Königsgräberstraße ferngehalten und mit Arbeiten in der Prenzlauer Allee zu beschäftigen genöthigt. Allem Anschein nach hatte der Mörder die Absicht, möglichst bis Oktober in Berlin zu bleiben und sowohl die zweimaligen Mietden aus dem Hause in der Prenzlauer Allee mit ca. 2800 Mark, sowie die am 1. Oktober fälligen Vierteljahres-Mietden aus der Königsgräberstraße mit circa 6000 Mark einzuziehen. In diesem Zwecke hielt sich G. jedenfalls in Berlin oder Umgebung verstreut. Daraufhin benutzte auch eine wichtige, gestern der Polizei zugegangene Mittheilung. Hiernach ist Goency, den der betreffende Zeuge genau kennt, am Sonntag Abend auf dem Lehrter Bahnhof gewesen. Der Schuhmacher, der sich in großer Erregung befand, erzählte, daß er eigentlich nach Wien fahren wollte. Eine ihm plötzlich zugegangene Nachricht aber machte seine schleunige Abreise nach Hamburg erforderlich. Thatsächlich besand sich der Ungar im Besitz einer Fahrkarte nach Hamburg und bestieg auch einen Wagen des um 11 Uhr 25 Minuten vom Lehrter Bahnhof abfahrenden, um 5 Uhr 33 Min. morgens in Hamburg ankommenden Personenzuges. Hiernach muß der Mörder unbedingt davon Kenntniß erlangt haben, daß die Polizei Nachforschungen nach dem Verbleib der beiden verschwundenen Damen angestellt hat. Es wird vermutet, daß sich G. nach am Montag in Hamburg eingeschiffte, um einen aberseeischen Hafen zu erreichen. Ob er jedoch in ordnungsmäßiger Weise als Passagier einen Dampfer bestiegen, erscheint zweifelhaft, da sich Goency im Besitze eines Auslandspasses nicht befinden haben soll. Seine angebliche Frau dürfte wahrscheinlich sich im Oesterreichischen verstreut halten. Der etwa 40jährige Goency wohnt seit dem 1. Oktober 1892 in Berlin. Gebürtig aus Kronstadt

in Siebenbürgen erlernte er in Wien die Filzschuhfabrikation. Etwas abweichend von dieser Berichterstattung-Meldung lautet zum Theil die amtlichen Mittheilungen über den Mord.

Das Polizeipräsidium theilt in der Angelegenheit mit: Die Ermordung der Wittwe Auguste Schulze geb. Luge und ihrer Schwiegertochter Klara hat wahrscheinlich am Morgen des 14. August, und zwar nicht in ihrer Wohnung, sondern in dem von dem Schuhmacher Josef Goency in dem Hause Königsgräberstraße gemietheten Keller stattgefunden. Am Abend des 13. August ist die Klara Schulze noch von Hausbewohnern gesehen und am nächsten Morgen sind die Stimmen der Frauen noch gehört worden, auch wurde die „Morgenszeitung“ des 14. August noch abgenommen, während dem Milchmann nicht mehr geöffnet wurde. Am Morgen des 16. hat Goency durch den Schlosser Pfingmader ein Sicherheitschloß an seiner Kellertür anbringen und an demselben Tage durch zwei Arbeiter von der Straße aus Erde in den Keller werfen lassen. Am Abend des 16. ist er mit seiner Frau vom Bahnhof Friedrichstraße abgereist, anscheinend zunächst nach Frankfurt a. O., denn dort ist er nachts zwischen 2 und 3 Uhr von einem Bahnarbeiter, der ihn persönlich kennt, auf dem Bahnsteig gesehen worden und hat erzählt, daß er über Kottbus nach Dresden wolle. Die Beute des Raubmörders ist jedenfalls nicht annähernd so groß gewesen als er gehofft hat, da Frau Schulze ihr Paarvermögen — etwa 400 000 M. — einem hiesigen Bankhause in Verwahrung gegeben hatte. Nach Angabe des letzteren verwahrte sie in ihrer Wohnung nur 2 Aktien des Münchener Brauhauses über je 1200 M. und 9 Stück 1893er 8 Pct. Mexikaner über 20 Pfund mit den Nummern 92 96 99, 11 907, 10 756, 7993. Die beiden Aktien des Münchener Brauhauses hat Goency am 16. d. M. dem Tischlermeister Stiller, der ihm die Vordereinrichtung geliefert hatte, in Zahlung gegeben. Am folgenden Tage hat Goency von S. ein Darlehen von 400 M. gegen Schuldschein erhalten. Am Abend des 15. kam er, als S. schon im Bette lag, in die Wohnung desselben, verlangte dringend ein weiteres Darlehen, da er sofort verreisen müsse, erhielt dasselbe aber nicht. Von dort aus ist er zweifellos direkt zum Bahnhof gefahren. Die Mittheilung eines hiesigen Blattes, daß Goency noch am Sonntag Abend in der Werkstätte von Pfingmader gewesen sei, beruht auf einem Irrthum. Goency ist in Pfingmader in Siebenbürgen geboren, 45 Jahre alt, 1,65 groß, hat dunkelblonden welligten Schauer- und Backenbart und ist besonders kenntlich durch eine tropfartige Geschwulst an der rechten Halsseite, die von einer Schußwunde herrühren soll.

Ueber das Leben der Sündlinge verläutet noch allerlei. Mutter und Tochter waren gleich geizig, ließen sich jedoch an körperlicher Nahrung nichts abgehen, sondern aßen und tranken gut. War einmal ein Bröckchen nicht ganz frisch, so mußte Frau Morowski, die früher die Pferdehülle versah, es sofort zum Wädel zurücktragen und umtauschen; ebenso wurde mit anderen Waaren verfahren, die den Damen nicht gefielen. An der Kleidung wurde von beiden Damen alles gespart. Sie gingen stets in dem schlechtesten abgetragenen Zeug und hielten sich oft darüber auf, daß andere Frauen im Hause, auch die Reinmachefrau, viel zu gut gekleidet gingen, während diese meinten, die Tracht der beiden Damen sei gerade noch gut genug für die Müligrube. Stiefelputzen kannten beide nicht. Die Schürzen sparten sie sich dadurch, daß sie den Oberrock umgewandelt hochnahmen. Um sich die Kosten für eine öftere Reinigung der Müligrube zu ersparen, schöpften sie diese immer wieder zum Theil aus und schütteten den Urath in den Sentkasten der Kanalisation, ober in einen neben der Grube stehenden Kasten, so daß die Grube nie voll war, wenn die Polizei revidirte. Damit die Treppenläufer nicht abgenutzt wurden, hatte Frau Schulze ein Schreiben an die Postverwaltung geschickt, daß den Briefträgern der Vorderaufgang streng verboten sei. Deshalb war auch unten im Flur an der Wand angehängen, daß Briefkästen für sämtliche Wohnungen an der Hintertreppe sich befinden. Das Schneeschippen besorgten im Winter Mutter und Tochter selbst, weil es sonst Geld gekostet hätte. Witt Handwerker und Arbeiter und den Miethern ihrer Wohnungen lag sie beständig auf dem Gerichte.

Mit welcher Sicherheit Goency nach dem blutigen Werke aufgetreten ist, obwohl seine Lage einmal höchst kritisch war, zeigt ein Vorfall beim Anfahren der Erde. Wer auf dem Wege etwas abladen will, soll das eigentlich vorher der Revierpolizei anzeigen. Als nun Goency, der das nicht gethan hatte, mit den beiden Kutschern dabei war, den Sand durch das Fenster an der Straße in den Keller zu schaufeln, kam ein Schutzmänn dazu und fragte ihn, wie er dazu komme, Erde abzuladen, ob er dazu Erlaubnis habe. Die Lage war nun für Goency höchst gefährlich. Es wäre leicht möglich gewesen, daß der Schutzmänn sich das Gineinschaffen von Erde in eine Kellerröhre, das doch auffallen mußte, einmal näher angesehen hätte. Dann hätte die Entdeckung des Verbrechens sehr nahe gelegen. Trotzdem bewahrte der Raubmörder die größte Ruhe. Er erklärte dem Beamten, er sei der neue Verwalter des Grundstücks und brauche die Erde im Keller, weil er Wein einlegen wolle; der Schutzmänn beruhigte sich dabei ebenso wie alle anderen Leute, denen er von seinem Weine erzählt, obwohl es doch nicht ganz gewöhnlich ist, daß ein Hausverwalter und Schuhmacher sich einen Weinsteller einrichtet.

Bezüglich der angeblichen Stieftochter des Goency wird berichtet, daß das Mädchen die ledige Martha Raffalsky, eine geborene Berlinerin und Tochter eines russischen Raffalsky ist. Sie steht in absolut keinem Verwandtschaftsverhältnis zu Goency, sondern lernte ihn erst in dem Müller u. Schilweg'schen Geschäft kennen, wo er ein Liebesverhältnis mit ihr anknüpfte. Er nahm sie dann, als sie infolge dessen von ihrem Vater verstoßen wurde, als Chambregarantin in sein Haus auf. Der Chef der Firma entließ um dieses Verhältnisses willen die Raffalsky, und als Goency doch nicht von ihr ließ, auch diesen. Nach seinem Weggang aus dem Hause Luisenauer 34 gab Goency die Raffalsky in allen seinen anderen Wohnungen für seine Stieftochter aus, lebte aber in Gemeinschaft mit seiner Frau mit ihr weiter.

Am der W 8 r f e erzählt man, daß die ermordete Wittve Schulze an derselben Engagements à la baisse unterhalten habe, welche zur Zeit noch laufen.

Die Zustände in gewissen Buchdruckereibetrieben werden durch folgenden Bekehrungs-gesuch gekennzeichnet, das in der Sonntagsummer des „Volk-Anzeiger“ zu finden ist:

„Buchdruckerlehrling, in 2 Jahren gewissenhafte Ausbildung (Satz und Maschine) gegen kleine Geschäftseinlage. Offerten N. 4338 Hauptplatz, d. Bl. Zimmerstraße.“

Wie mögen unsere Innungsbrüder von dem patriarchalischen Verhältnis erdant sein, das sich auf so solider Geschäftsbasis zwischen Prinzipal und Lehrling entwickeln wird!

Umfangreiche Absperrungen sind aus Anlaß der am 28. August, vormittags 9 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade in Sicht. Die Tempelhofer Chaussee wird von 8 Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt. Die Belle-Alliancestraße und die Richterfelderstraße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Anrücken der Truppen bis nach dem Einmarsch derselben in die Stadt nicht befahren werden. Der Betrieb der Pferdebahn- und Omnibuslinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen (insbesondere auch in der Friedrichstraße) mit dem Beginn des Einmarsches der Truppen (etwa von 7 Uhr ab) bis zur Aufhebung der Absperrung eingestellt bzw. eingeschränkt oder abgeleitet.

Das Polizeipräsidium theilt abkann noch mit, daß Marktenderei und Restaurationsbetrieb auf dem Tempelhofer Felde nicht gebildet werden und daß den Anordnungen der Schutzmännschaft über das Verhalten auf dem Tempelhofer Felde im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung u. n. w. e r l i c h Folge geleistet werden muß. — Wenn das „Zivilvolk“ der Parade fern bleibt, wird die Ordnung in keiner Weise gestört werden!

Der Fernsprechverkehr mit Remmünster, Ederndörbe, Hensdurg, Schledwig und Hensdurg ist eröffnet worden. Die Gebüh-

für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je eine Mark.

Gefahr Landauer, der Führer der hiesigen Anarchisten, welcher, wie gemeldet wurde, in der vorigen Woche in Wien verhaftet wurde, ist nach einer der „Volks-Zig.“ zugehenden Mitteilung gestern aus der Haft entlassen und von der Polizei nach Deutschland „abgeschoben“ worden.

Das letzte Erntefest ist vor einigen Tagen in der großen intervjanten Landstadt am Viehhof gefeiert, die theilweise bereits bebaut wird und zum 1. Oktober völlig verschwindet. Alle Lauben waren aufs Feinste geschmückt. Abends wurde ein großes Feuerwerk abgebrannt, außerdem waren alle Lauben erleuchtet und bis in die späten Nachtstunden hinein ertönte Gesang und frohes Gepolter über das weite Feld.

Einige großen Ggzeß verübten in der letzten Nacht drei Soldaten, indem sie mit gezogenem Seitengewehr in eine Damenheise an der Jerusalemer Kirche eindringen und die Insassen belästigen. Die Polizei nahm die Exzentriken, die auf einen Pferdebahnwagen geschlichen waren, in der Dantenstraße fest und brachte sie nach dem Militärarrestal in der Lindenstraße.

Wegen Hundunterochlagung ist gegen die in einem westlichen Vororte wohnende Beamtenfrau H. das Strafverfahren eingeleitet; dieselbe hatte eine Tasche mit etwa 600 M. Geldinhalt in einem Wagonabteil der Stadtbahn gefunden, den Hund auch anderen Mitfahrenden gezeigt, schließlich aber, als der Besitzer des Geldes, der ihre Adresse erfahren hatte, sich an sie wendete, diesem gegenüber den Besitz geleugnet.

Uniformirte Schulente auf dem Zweirade sieht man in Charlottenburg. Sie sollen besonders darauf achten, daß die Radfahrer den über das Fahren mit Zweirädern erlassenen Bestimmungen genau nachkommen.

Unfälle im Straßenverkehr. Vor dem Hause Lindenstraße 101 wurde das Pferd eines dort haltenden Schlächterwagens, nachdem es mit einem Fuße über den Scheerbaum gerathen war, scheu und ging durch. Der vor der Marktstraße II diensthutende Schuttmann Köhling warf sich merschröden dem Thiere entgegen, wurde eine Strecke weit mitgeschleift und vor dem Grundstück Lindenstr. 45 gegen einen Wagen geschleudert. Hierbei erlitt er mehrere Verletzungen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Nachmittags wurde in der Alsenlebenstraße der fünfjährige Sohn des Schneiders Franz Köhler durch einen Flaschenwagen der Viktoriabrauerei überfahren und am Kopfe arg verletzt. — Vor dem Hause Bernauerstraße 70 wurde nachmittags die achtjährige Tochter des Stations-Aspiranten Sandmann durch den auf seinem Zweirade fahrenden

Geschäftsfreisenden Reinhold Thiele überfahren. Das Kind erlitt dabei einen Bruch des rechten Unterschenkels.

Theater. Direktor Brahm hat für die am 1. September beginnende neue Spielzeit des „Deutschen Theaters“ folgende neue Werke erworben: „Mutter Erde“, Drama von Max Halbe; „Agnes Jordan“, Schauspiel von Georg Hirschfeld; „Johannes“ von Hermann Sudermann; „Jugendfreunde“, Lustspiel von Ludwig Fulda; „Mädchentraum“, Lustspiel in Versen von Max Bernstein; auch von Gerhart Hauptmann und Arthur Schnitzler stehen neue Dichtungen in Aussicht. Als Neueinführungen sind u. a. Hauptmann's „Hinterpelz“, „König Lear“ mit Emanuel Reicher in der Titelrolle, und „Käthchen von Heilbronn“ in Aussicht genommen. Alle diese Werke sollen auch in den vierzig Abonnements-Vorstellungen gegeben werden, deren erste am Donnerstag, den 2. September stattfindet.

Aus den Nachbarorten.

Der Straßener Fischzug ist gestern mit dem üblichen Klimbim begangen worden. Der „Hauptfisch“ bestand in einem Amsug, der ein Bild vom Volkleben in — Transoal darbieten sollte. Allerdings Publikum, das seine Zeit nicht todzuschlagen weiß, hatte sich eingefunden, um beträchtliche Quantitäten Bier zu vertilgen. Das harmlose Vergnügen wird den Theilnehmern gewiß gerne von jedermann gegönnt sein; nur sollte man sich nicht den Scherz erlauben, den Straßener Fischzug als eine Art Volksfest hinzustellen. Die Zeiten sind doch vorbei.

Die diesjährige Obsternte in der Umgebung von Berlin ist, einer Lokalkorrespondenz zufolge, so gut wie vernichtet. Die Bäume bieten einen traurigen Anblick dar; infolge der anhaltenden Regenfälle sind tausende von Früchten verfaulen. Am verhängnisvollsten für die Obstdäume waren die schweren Gewitter dieses Monats. Die Preise für gutes Obst sind in den letzten Tagen schon bedeutend gestiegen.

Mit ihrem Zweirad in die Havel gestürzt ist vorgestern eine junge Dame. Diese saß auf einem freien Platz an der Havel in Tegelort das Auf- und Abpringen an einem Herrenrade. Dabei kam sie dem Ufer, das an dieser Stelle abschüssig und glatt ist, zu nahe, konnte ihr Rad nicht rechtzeitig anhalten und stürzte kopfüber ins Wasser. Glücklicherweise kam in diesem Augenblick der Hilfsjäger Gronert aus Spandau am Ufer entlang, er hatte den Vorgang beobachtet, warf schnell Gut, Rod und Stoc von sich und sprang der Dame nach. Es gelang ihm, sie am Gürtel zu erfassen und ans Ufer zu bringen. Obgleich das junge Mädchen außer einer leichten Kopfwunde keine Verletzungen erlitten hat, war sie von Schreck und Aufregung so angegriffen, daß sie ohnmächtig wurde

und in ärztliche Behandlung gebracht werden mußte. Das Fahrrad ist noch nicht aufgefunden worden.

Zwei Kinder vor den Augen der Eltern ertrinken. Am Dienstag früh in der achten Stunde fuhr, dem „Fremdenblatt“ zufolge, auf der Bahne in der Nähe des sog. Schwerders bei Grünau der Maschinenist Gottschalk aus Köpenick in Begleitung seiner beiden Enkel, des 12-jährigen Emil Jonas und dessen 11-jähriger Schwester Bertha, Kindern des mit seinem Fahrzeug am obigen Werder liegenden Frachtzählers Jonas aus Malisch a. O., in einem kleinen Handbahn nach dem am jenseitigen Ufer gelegenen Kantinentotal, um daselbst Einkäufe zu machen, während die Eltern bereits in letzterem warteten. Kurz vor der Einbiegung in das offene Fahrwasser gewahrte nun der Maschinenist zu seinem nicht geringen Erstaunen, daß der Kahn sich nach und nach mit Wasser füllte und zu sinken begann; er war plötzlich led geworden. Gottschalk sprang nun schnell über Bord und rief seinen Enkeln zu, sie möchten ruhig aufhalten, er würde ihnen sofort Hilfe bringen. Dieselbe kam aber leider zu spät, denn der Kahn war, als man herbeieilte, bereits versunken und hatte die beiden Kinder mit herabgezogen, sie fanden ihren Tod in den Wellen.

Rebetteverstoß. Durch einen eisernen Ständer wurde der 23 Jahre alte Arbeiter Emil Schulz aus Köpenick tödtlich verletzt. Der Unfälle war bei dem Transport von Sand, welcher nahe am Müggelturm, an der sog. Sandbahn, mittels Drahtseilbahn bewirkt wird, thätig. Kurz vor Feierabend räumten die Arbeiter auf und trugen auch einen etwa vier Zentner schweren eisernen Ständer. Dabei brach eine der Leute, die Last verschob sich, brachte auch Schulz zu Fall und quetschte ihm die Brust. Im Krankenhaus wurde ein Darmriß festgestellt, der trotz sofort vorgenommener Operation den Tod des Mannes herbeiführte.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet vom Montag, den 30. August ab am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 1/2 Uhr statt.

H. K., Pflaferstraße. Wenden Sie sich an die Expeditionsfirma Jacob u. Valentin, Holzmarktstr. 65.

Geilo. Ein solcher Verein tagt fast wöchentlich bei Cohn, Reutstr. 20. Dort erfahren Sie das Nähere.

M. S., Dreesen. Wir können Ihren Wunsch aus verschiedenen Gründen nicht erfüllen.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. August 1897. Warm und vielfach heiter bei mäßigen südlichen Winden und etwas Neigung zur Gewitterbildung.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

Stimmzettel zur Urabstimmung sind für diejenigen Personale, welche dieselben noch nicht in Empfang genommen, auf der Verwaltung zu haben. Die Stimmzettel müssen bis spätestens Sonnabend, den 28. August, foverittet und verschlossen und mit Aufschrift versehen, auf unserem Bureau, Mittelstr. 88, abgeliefert werden. — Auf die im redaktionellen Theile des „Vorwärts“ abgedruckte Resolution der Vertrauensmänner-Versammlung machen wir die Mitglieder besonders aufmerksam. 35/11

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Mittwoch, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Reutstr. 20/21 (oberer großer Saal):
Mitglieder-Versammlung
für die Branche der
Musikinstrumenten-Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Die Interessen der Musikinstrumenten-Arbeiter an den Handelsverträgen. Referent: Reichstags-Abgeordneter und Stadtrathordneter Fritz Zuehl.
2. Bericht über die beigelegten Differenzen bei der Firma J. Pfafe, Landbergerstraße 3, Brieschleben.
Jeder hat die Pflicht, zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen.
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter!

Donnerstag, den 26. August, abends 8 Uhr, in Thren's Brauerei, Thurmstraße 25/26:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Der Streit der Formner und Gießer-Arbeiter der Firma A. Borsig. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, Otto Käther, N. Anhalterstr. 44.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Freitag, den 27. August, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andreas-Strasse 26:
General-Versammlung
des Vereins der Töpfer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Die Umgestaltung des Vereins und Statutenänderung. 2. Gewerkschaftliches. 3. Mitgliedsbuch legitimiert. 190/8
Um rege Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Sonnabend, den 28. August, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

15. Stiftungsfest

verbunden mit
Sommernachts-Ball
unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins Vineta (M. d. N. S. B.)
Anfang 8 Uhr. Ende 9
Billets sind bei allen Verhandlungsmitgliedern zu haben. Gäste sind herzlich willkommen. Den geehrten Damen zur Kenntnismahme, daß die Kaffeeküche von morgens 5 Uhr an geöffnet ist.
Der Vorstand. J. H. Franz Schulz, Weinmühlendammstr. 2.

Achtung! Schöneberg. Achtung!

Donnerstag, den 26. August, abends 8 Uhr, im Saale der Schlossbrauerei, Hauptstrasse:

Gr. öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
Abrechnungen. Die Forderungen der Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen.
206/10
Der Vorstand. J. H. Franz Schulz, Weinmühlendammstr. 2.

Unfallfassen, Klagen, Eingaben | Ein lithographisch u. handgezeichnet
Putzger, Steglitzerstr. 65. 1. verl. Schönbergerstr. 10a b. Käffer.

Achtung! Maurer! Achtung!

Mittwoch, den 25. August 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Etablissement Hans Fouci, Rottbuscherstr. 4a:
Grosse öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitsniederlegung aus der südlichen Gadenhalt in der Fichte-straße und wie lange gebeten Magistrat und Stadtverordnete es mit anzusehen, daß auf den Magistratskassanten der niedrigste Lohn gezahlt wird. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Stand der Lohnbewegung. 4. Verschiedenes.
In dieser Versammlung fordern wir hiermit die Stadtverordneten auf, zu erscheinen.
Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert Eure Anwesenheit in der Versammlung.
Die Lohnkommission.

Moabit! Moabit!
VI. Wahlkreis.
„Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit Nr. 47/49.
Sonnabend, den 28. August 1897:
Lassalle-Feier
veranstaltet
von den sozialdemokratischen Parteigenossen Moabits
bestehend in
Konzert, Theater, Turnerischen Aufführungen,
Gesangs-Vorträgen
des Gesangsvereins „Vereinte Sängerbüder Moabits“.
Im Saale: Tanz.
Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.
Die Kaffeeküche steht den Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags.
Billets 20 Pf.
In recht zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

compl. Wohnungs-Einrichtungen.
Franz Tutzauer, Berlin SW., Bücherstr. 14.

Aluminium-Gebisse, fertige Garderobe.
Preis per Zahn incl. Platte 4 Mark
Kautschuk-Gebisse
Preis per Zahn incl. Platte 3 Mark.
Plomben 1.50 M., Zahnziehen 1 M.
Schmerzloses Ziehen eines od. mehrerer Zähne (Nagel- od. Chloroformanästhesie) im Beisein eines Arztes 8 Mark.
Waldemar und Rohnold Haupt, Brunnenstraße 18 II, Frankfurterstraße 113 II.
Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung.
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Stepdecken-(Fabrik)

Borzügl. Handarbeit; dauernd billig. Alle Decken werden aufgearbeitet.
Berlin C., Wallstrasse 72.

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart außerst billig, auch auf Theilzahlung. Hr. Lager geräumiger und verleiht gewisser Möbel.
Oranienstr. 73.

Graef's Fleckwasser

beseitigt jeden Fleck, ohne den Stoff anzugreifen. 1/2 Flasche 25 Pf. Droguerie Steinhilberstr. 63, M. Graef. 2001/2

Möbel-Tischlerei und -Lager compl. Wohnungs-Einrichtungen

empfiehlt in jeder Holz- und Stylart, vom einfachsten bis zu dem elegantesten, zu den billigsten Fabrikpreisen.
Zu erreichen mit allen Pferdebahnlinien nach dem Rottbuscher-Thor.
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6. 205/72

Von der Reise zurückgekehrt
Dr. Bradt,
105b Wienerstrasse 20.

Diebstahl billig zu verkaufen
182b
Drebowstr. 37.

Wohnungen von 3, 2, 1 Stube, Küche, Zubehör, einzelne Stuben, Stallung, Remise, Lagerkeller, billig.
Frankfurter Allee 16. (3419b)
Wohlf. Schlafstelle am Herrn z. verm.
174b) Fehler, Wittenwalderstr. 23.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Zugun fernhalten von Drechsler und Tischlern von
Engel, Demmlerstr. 5.
292/15 Die Ortsverwaltung.

Die Formner und Keernmacher der Firma Borsig haben Montag, den 28. d. M., wegen Lohnhöherungen die Arbeit eingestellt. Zugun nach betreffender Firma ist streng fernzuhalten!
E. Müller, Reutstr. 31, Vertrauensmann. (68/4)

Leht. Schriftmaler verl.
183b) Kaufmann, Straßenerstr. 3.

Suche für meinen Sohn eine gute Lehrstelle als Werkzeugmacher.
170b) E. Reefe, Urbanstr. 29.

Junge Mädchen zu leichter Handarbeit erh. d. Weichh. H. Weichh. Pöcherstr. 3, v. 4 Tr. (177b)

Plattdirectrice

zum Anlernen von Frauenplattirinnen unter besten Bedingungen von großer auswärtsiger Beschäftigung gesucht. Alle geübte Plattirinnen bevorzugt. Offerte sub N. J. 1314 an Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Nur sofort 1 Goldarbeiter auf Sigarettensohlen, tüchtiger Charrierarbeiter und 1 Schiefer, der versagen kann. Deutsche Gold- und Silberarbeiter, Zahlstelle, Berlin, Holzmarktstr. 8. 72/10

Facettenschleifer

suchen per sofort dauernde u. lohnende Beschäftigung. Hr. Offerten unter R. W. 515 heißt Hasenstein u. Bogler, H.G., Düheldorf.

Tüchtige Kürschner-Gehilfen im Hause verlangt Louis Vauthier, Reue Königsstr. 85. G*

Tüchtige Kürschner-Mamiells gegen hohen Lohn im Hause verlangt Louis Vauthier, Reue Königsstr. 85.

Schlosser auf Fitter sucht Krause, Jagowstraße. 1636

Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt M. Wolff, Reue Friedrichstr. 48.

Schürzennäherin verl. Schwefel, Grünburgerstr. 43. 165b

Mamiells auf mairte Räder, 2,75 bis 3 M. verlangt (636) T e s t e, Dresdenstr. 30 II.

Streblamer junger Mann

zur selbständigen Leitung ein Sigarettens Detail-Fillale bekannter Fabrik gesucht. Off. u. Lebenslauf u. Referenzen unter E. 820 Pittner's Annoncen-Bureau, Reue Friedrichstr. 42. 65/3

Schlosser oder Mechaniker,

der mit der Fabrikation von Ring-schiffchen genau vertraut ist, für dauernde Arbeit gesucht. Kuerbleien unter R 2 in der Exped. (2373L)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 25. August:
Neues Igl. Operntheater (Kroll).
 Soubrette. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Die Komödie der Irrungen. — Der eingebildete Kranke. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Zwei Wappen. Leistung. Die Geisha.
Westen. Der Trompeter von Säckingen.
Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Weh' dem, der lügt. Anfang 8 Uhr.
Zentral. Ein fideles Abend. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Willkür.
Ostend. Unsere Reichspost. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Faust.
Welfen-Alliance. Spezialitäten. Anfang 6 Uhr.
Apollo. Venus auf Erden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vossge-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Weh' dem, der lügt.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Papa Ritsche.
 Freitag, abends 8 Uhr: Weh' dem, der lügt.

Luisen-Theater
 34. Reichsbergerstraße 34.
Eröffnungs-Vorstellung
 Mittwoch, den 1. September.
 Zum 1. Male:
Gezwister Fiebig.
 Robert's Rollstühle in 3 Akten von Oscar Wagner und Hugo Bahrerl.
 Musik von Fritz Krause.
 Billetverkauf im Invalidenbau, Unter den Linden 24 und im Theaterbureau.

Ostend-Theater.
 Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weh.
Unsere Reichspost.
 Anfang 8 Uhr.
 3. u. 4. Garten: Anfang 5 1/2 Uhr.
 Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Hugo Schulz.
Paula Grigatti, Henriette Ferry. Lebende Photographien.
 Prof. Alfred.
 Sonnabend: Gr. Sommernachtsfest.

Central-Theater
 Alte Jakobstr. 30.
 Direktion Richard Schultz.
 Mittwoch, den 25. August 1897:
Lebte Woche:
Emil Thomas a. G.
 Zum 98. Male:
Ein fideles Abend.
 Burleske dramatische Revue in einem Vorspiel und 3 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Kannstedt. Musik von verschiedenen Meistern, arrangiert vom Kapellmeister Julius Gindshofer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und die folgenden Tage:
 Ein fideles Abend.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Richter
 Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Urania
 Taubenstrasse 48-49.
 Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. — Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Passage-Panopticum.
 Blaue Grotte von Capri.
 Eine Kriminalgeschichte.
 Ein Jahrhundert der Mode.
 Fahrt auf dem Golf v. Neapel (Klebe-Illustration) und 500 Sehenswürdigkeiten.

Castan's Panopticum.
 Friedrichstr. 165.
Bärenweib
 die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
 Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
 Nur noch bis 31. August
Venus auf Erden.
Otto Reutter,
 Else Arevalo, Mr. Rudinoff und das erfolgreiche Programm.
 Raffeneröffnung 6 1/2 Uhr.
 Konzert 7 Uhr. Vorstellung 8 Uhr.
Mittwoch, den 1. September:
Eröffnung der Winter-Saison.
 Vollständig neues ansehnliches gehobenes Programm.
 Beginn 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Brauerei
 Lützow-Strasse 111/112
 nahe Potsdamer Platz.
 (Garten resp. Saal):
 Täglich:
Stettiner Sänger
 (Mehsel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)

Strampelbrüder.
 Ensemble von Weisf.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 M. nur im Vorverkauf.
 (Siehe Plakate.)
 Fahrräder können eingestelt werden.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Richter
 Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
 Schönhauser Allee 148.
 Kasanien-Allee 97-99.
 Täglich:
Im Reiche der Sirenen.
 Große Ausstattungsburleske mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
 Ludwig Glöser, Humorist, Robert Hill, Operett-Sänger, Little Roman, Miniat.-Soub. Geschwister Ernie, dopp. Sell, Barbarina's Ballet.
 Pres. Trudy, Lustpotpourri.
 Kinetograph! (lebende Photograph.)
 neue Serien. Großer Saal.
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
 Refers. 50 Pf.

Gebr. Herrfeld's I. Original-Budapester
 Possen- u. Operetten-Theater
 verbleibt nach wie vor in
Kaufmann's Variété.
 Erzielt zur Zeit die grössten Triumphe und ausverkaufte Häuser mit dem Saison-Schlager „Himmel auf Erden.“
Montag, 6. September
 in Kaufmann's Variété
 Eröffnung der Winter-Saison mit der hochaktuellen Posse „Im Wintergarten“ sowie mit dem an Situationswitz unübertroffen Lustspiel „Im Atelier.“

Schweizer Garten.
 Am Königsdör. (Galerie der Pferdebau.) Am Friedrichshain.
Neues Riesen-Programm!
Ein Sport-Fest in Wusterhausen.
 Gr. Ausstattungsburleske. Sarrafant's urkomisch dreifache Thier-Familie.
 Im Saale: **Grosser Ball.**
 Vollbelustigungen aller Art.
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
 Im September ist nur noch ein Sonnabend zu vergeben.

Concerthaus
 Leipzigerstr. No. 48.
 Täglich:
Hoffmann's Quartett
 und
Humoristen.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree: Saal und II. Rang 30 Pf., Sperrst. 50 Pf., Logen u. I. Rang 1 M.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 10.
 Täglich: **Konzert.**
Theatervorstellung.
 Auftreten
Spezialitätenkünstl. I. Ranges
Neu! **Rosen aus dem Süden.**
 Original-Burleske mit Gesang von W. Gerde.
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
 im Saal: **Grosser Ball.**

Konzerthaus Sanssouci,
 Kottbuserstr. 4a, Süd. v. Pierer.
 Heute, **Mittwoch:**
Neu! Singvögelchen. Neu!
 Singspiel in 1 Akt von Jacobsohn.
 Musik von Hauptner.
 Ferner: **Spezialitäten I. Ranges.**
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Avis! Vom 1. September ab finden diese Vorstellungen Dienstag, Donnerstag und Sonntag statt.

Maehr's Variété-Theater
 Oranienstr. 24.
 Mittwoch, den 1. September 1897:
Eröffnung der Winter-Saison.
 Täglich: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
 Der Galeerenflave.
 Schauspiel mit Gesang.
 Die Ritter der Compagnie Schwan!
 Gef. W. Böderer, die besten Bewandlungsduettisten. Hr. Wallner, Regier-Orchester und andere.
 Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
 Entree in der Woche 25 Pf., refero. Platz 40 Pf. Sonntags-Entree 40 Pf., refero. Platz 60 Pf. 1897

Wedding-Park
 Müllerstraße 178.
Gr. Garten-Lokalitäten,
 verdeckte Sommer-Kegelbahnen, Franz-Billard, Belustigungen aller Art.
 Kaffeehäuser täglich geöffnet.
 Jeden Donnerstag:
Gr. Kinderfest
 mit Gratisverlosung.
 Jeden Sonntag:
Frei-Konzert und Ball.
 Jeden
Mittwoch: Gesellschaftsabend.
 Auftreten des Konzertführers Herrn Kroll, sowie des Konzertplanisten Herrn H. Vaisch. — Entree frei.
Wilhelm Trapp.

Achtung! 4 Säle
 zu Versammlungen und Vereins-Festlichkeiten. (22489)
 Alexanderstr. 27c (Engl. Garten).

Mundt's Saal.
 Von: Ernst Gründer.
 Köpferstraße 100.
 Fernsprecher Amt VII 89.
 Täglich: **Grosser Ball.**
 Saal und Vereinszimmer stehen den Vereinen unentgeltlich zur Verfügung. 22559

Johannisbeerwein
 10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
 Obst- und Beerenweinkelerei.
 Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Bahn-Atelier.
 Künstl. Bahne in tadelloser Ausführung v. 3 M. Plomben v. 2 M. an.
 Scherzhol. Bahnstehen mit Cocain, Störche, Giftoform und Nachg. unter Leitung eines prof. Regies. Bei Bestellung v. künstl. Bahnen, Bahnen, Bahnreihen, umsonst; Platanen, anhaltend gehalten, Woche 1 M.
Guckel, Vossler Platz 2, Wasserstraße 12, Steglitzerstr. 71.
 Die falschen Beschuldigungen, die ich gegen den Buchbinder Herrn Robert Köhler ausgesprochen habe, nehme ich zurück u. erkläre denselben für ehrenhaft.
Franz Armanotti, Geschäftsführer, Ammerstr. 11. 181b

Ostbahn-Park
 Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz
 Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
 Plauderungs-Ensemble.
Neue Attraktions-Nummern.
 Entree Sonntags 20 Pf., Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf., Kinder 5 Pf.
 Kaffeehäuser. Belustigungen.
Mittwoch: Kinder-Fest.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
 Oeconomie: **Birkholz & Mittag.**
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
 Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
 Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeehäuser v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Treptow. Viktoria-Garten,
 früher Kämpel, Galieistelle der elektrischen Bahn.
Jeden Mittwoch: Gr. Kinderfest.
Grosse Verlosung. Kasperle-Theater.
 Bombouren, Fackelprozession, Pantomime und Gelächter. Belustigungen aller Art. Von 2 Uhr an Kaffeehäuser. 11 Kegelbahnen.
 Hierzu ladet ergebenst ein
Fritz Braun. [20679]

Nervenleidende.
 Mittwoch, den 25., Badstraße 19, u. Freitag, den 27. August, Admiralstr. 18 c. abends 8 1/2 Uhr:
2 öffentl. anatom. Lichtbilder-Vorträge
 von Dr. Naturheilk. Grundmann.
 Gäste, Männer, Frauen willkommen. 23752
 Eintritt 15 Pf.
 Verein für Körper- und Naturheilkunde, Alexanderstr. 8.

Achtung! Wedding. Achtung!
Großer Frauen-Vortrag.
Heilverein Fuhr.
 Freitag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, in Wilsbrodt's Geschäft, 1765
 Müllerstraße 7
 spricht **Frl. M. Kube,** Naturheilkundige über:
Das menschliche Leben vor und nach der Geburt.
 Wichtig für Frauen. Entree nach Belieben.

Der Arb.-Stenogr.-Verein „Stolze“ zu Berlin
 veranstaltet am **Freitag, den 27. August cr., abends 8 Uhr,**
 einen Unterrichts-Kursus in der vereinfachten Reuthef'schen Stenographie, wozu alle Arbeiter und Arbeiterinnen freundlichst eingeladen sind. Der Unterricht findet einmal in der Woche statt und dauert 25 Pf. pro Abend zu entrichten. — Stenographiekundige aller Systeme werden als Mitglieder aufgenommen.
 Anmeldungen nimmt entgegen Restaurateur Fr. Zuseil, Lindenstr. 108, und Oberst Kreuer, Reichsstr. 1. III. 127b

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf von frisch gef. Fleisch.
 Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an,
 Schweinefleisch „ „ 40 Pf. [2125L]
 Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungegypste!
 Kein K. Gemisch, kein Malz, keine sog. schwar. Weine etc., sondern seit 1876 laut Fürst v. Bismarck's Worten: „Nationalgetränk“ Angenehme, leicht trinkbare und dabei so sehr stärkende
Naturweine aus Weintrauben
 v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/4 u. 1/2 L.
f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser bzw. hoh. Rabatt!
 57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland
Aus! Preisocourant nebst Broschüre gratis und franco.
 Hauptgeschäft und **BERLIN N., Linienstr. 130.**
 Versandabteilung
 No. 17 **OSWALD NIER**

Proben u. Preislisten portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. III.

Damen-Handschuhe
Imit. Schwedische Handschuhe 33 Pf.
 (Stoff) Lederfarben, 5 Knopf lang
Zwirn-Halbhandschuhe 60 Pf.
 ca. 45 ctm. lang
Reinseid. Handschuhe 1,05 Mk.
 5 Knopf lang
Glacé-Handschuhe 95 Pf.
 farbig, 4 Knopf

Damen-Wäsche.
Taghemden mit Spitze Priesenform 1,40 Mk. Achsel-schluss 1,60 Mk.
 „ „ mit Stickerei-Volant 2,05 Mk.
 „ „ Achselabschluss, mit Stickerei 2,10, mit Handlang 2,15 Mk.
Nacht-Jacken mit Spitze, Dimiti oder Parchend 1,60 Mk.
Beinkleider Renforcé mit Stickerei 1,75 Mk.
Schirting-Röcke mit Stickerei-Volant 3 und 4,30 Mk.

Ein grosser Posten **Rosen, Stück 7 Pf.**

Warenhaus A. Wertheim